

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Venedig 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Beim Wein“ und Frauenbeilage „Frauentimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 24. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postcheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzeile 0,70 Goldmark, Reklamazeile 1, — Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,30 Goldmark, (ausführlich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, (Streckenzeile des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark, eine Goldmark — ein Dollar gerechnet durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Vollziehung der Londoner Konferenz.

Juristische Vorprüfung der Einladungsfrage.

London, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Frage der Einladung der deutschen Regierung zur Konferenz ist von der heutigen Vollziehung der Londoner Konferenz einem zweigliedrigen juristischen Ausschuss überwiesen worden. Dieser Ausschuss besteht aus dem französischen Rechtslehrer, Präsidenten der Academie des Sciences Politiques und dem englischen Kronjuristen Cecil Hurst.

London, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die am Mittwochmorgens abgehaltene einstündige Vollziehung der Londoner Konferenz wurde von MacDonald geleitet. Das offizielle Communiqué über den Verhandlungsverlauf besagt, MacDonald habe einleitend kurz darauf hingewiesen, daß diesmal auch die Vertreter der englischen Dominions einschließlich Indiens anwesend seien, die als Mitglieder der englischen Delegation gelten. Die Konferenz bestimmte ein juristisches Komitee, das feststellen soll, welche Einzelheiten mit Deutschland zu regeln sind.

um das Sachverständigenurteil ins Werk zu setzen, und wie zu verfahren ist, damit nicht der Versailler Vertrag verletzt wird. Bezüglich des bereits veröffentlichten Berichtes des ersten Ausschusses, der sich mit der Frage etwaiger deutscher Vorschläge zu beschäftigen hat, ist beschlossen worden, zu ihm erst Stellung zu nehmen, wenn der zweite und dritte Ausschuss ihre Arbeiten beendet haben. Der englische Kolonialminister Thomas, als Vorsitzender des zweiten Ausschusses, sagte, daß die Arbeit dieses Ausschusses noch fortgesetzt werde. Der Bericht des dritten Ausschusses wurde von Sir Robert Kindersley vorgelegt. Er handelte von der Verteilung der deutschen Zahlungen an die Mächte und schlägt vor, jedem einzelnen alliierten Staate zu überlassen, welche Organisation die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Aufnahme und die Zusicherung deutscher Lieferungen prüfen soll. Die Organisationen der einzelnen Länder sollen mit der Reparationskommission über ihre Forderungen und Wünsche in dauerndem Gedankenaustausch bleiben. Die Konferenz beschloß, den dritten Ausschuss

noch drei weitere Fragen bezüglich der Durchführung des Sachverständigenplanes

prüfen zu lassen. Diese Fragen sind:

1. Wie ist von Deutschland die Sicherheit zu erlangen, daß es nach besten Kräften die Durchführung der Reparationslieferungen auf kommerzieller Basis erleichtert?

2. Die Frage zu prüfen, ob die Reparationskommission ein ähnliches Komitee berufen soll, wie es das Sachverständigenkomitee war, um mit Deutschland über ein Abkommen zur Vereinfachung der Durchführung der Sachlieferungen zu verhandeln.

3. Festzustellen, welcher Instanz die Schlichtung von Differenzen zwischen der deutschen Regierung und dem Komitee für die Umwandlung deutscher Zahlungen in Devisen überwiesen werden soll.

Der Bericht des ersten Ausschusses mußte zurückgestellt werden, weil die

Verhandlungen zwischen den Vertretern der Banken und den Finanzsachverständigen der Konferenz noch nicht abgeschlossen sind. Da der Bericht dieses Ausschusses von der Arbeit der übrigen Ausschüsse abhängig ist, wird seine Verabschiedung durch die Vollkonferenz erst möglich sein, wenn die anderen Ausschüsse ihre Aufgabe vollkommen gelöst haben.

Das juristische Komitee ist, wie bekannt wird, auf Anregung Herriots gebildet worden. Am Mittwochvormittag hat MacDonald wiederholt mit Mellon, dem Chef des amerikanischen Finanzministeriums, den alliierten Delegationen und mit verschiedenen führenden Bankiers Unterredungen gehabt.

Stresemann erwartet die Einladung.

Das Organ des Reichsaußenministers, „Die Zeit“, schreibt am Mittwoch zur Frage der Einladung Deutschlands u. a.:

„Der Erfolg der Konferenz wird davon abhängen, ob man den wirtschaftlichen Notwendigkeiten in dieser wie in den anderen Streitfragen Rechnung trägt. Zu den Hauptstreitfragen dieser Art gehört auch die Zulassung Deutschlands zu den Verhandlungen der Konferenz. Wir hatten wiederholt darauf hingewiesen, daß es verständlich erscheint, wenn die Mächte der Gegenseite zunächst eine Verständigung innerhalb ihres Kreises herbeiführen wollen. Unverzüglich bleibt aber im Anschluß daran immer die Verständigung mit Deutschland auf der Grundlage von Verhandlungen, die uns die Vertretung unserer Wünsche ermöglichen. Die Frage der Zulassung Deutschlands scheint an sich entschieden zu sein. Wie wir hören, ist die Einladung für den Anfang nächster Woche in Aussicht genommen worden. Sie wird wohl am Donnerstagabend überreicht werden. Es ergibt sich aber noch keine volle Klarheit darüber, in welcher Form die Teilnahme Deutschlands an den Londoner Verhandlungen geplant ist.“

Pariser Kritik an Herriot.

Paris, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die erwartete Einladung der deutschen Regierung zur Londoner Konferenz gibt der

„Information“ zu folgendem Hinweis Veranlassung: Gegenüber dem englischen Standpunkt, daß mit den Deutschen verhandelt werden müsse, siehe die

französische These, die deutschen Delegierten an die Reparationskommission zu verweisen.

Schon jetzt aber scheint festzustellen, daß die Vertreter der deutschen Regierung erst nach London kommen werden, wenn die drei Kommissionen ihre Berichte erstattet haben, so daß sie also lediglich die zustandekommenen Lösungen zur Kenntnis zu nehmen haben würden. Eine derartige Methode sei nach Auffassung sehr weiter und maßgebender französischer Kreise dazu angehen, den deutschen Nationalisten in die Hände zu arbeiten. Denn das sei im Grunde wiederum ein Diktat oder in etwas abgemildeter Form vielleicht die Rückkehr zum Ultimatum. Es sei bekannt, welchen Nutzen die deutschen Diplomaten bisher aus dieser Methode gezogen haben, denn im Gegensatz zu der allgemein verbreiteten Auffassung hätte die Zuziehung deutscher Bevollmächtigter zu den Verhandlungen von Anfang an dazu beitragen können, gewisse Garantien für die Zukunft zu schaffen. Man habe

der Tatsache, daß die deutschen Sozialdemokraten die Absicht hätten, einen Volksentscheid über die Annahme des Sachverständigenurteils herbeizuführen, leider viel zu wenig Rechnung getragen.

Solche Bestrebungen verdienen ermutigt zu werden. Denn sie stellen den ersten Schritt zur freiwilligen Anerkennung und Uebernahme der deutschen Reparationspflicht durch das deutsche Volk dar und man würde klug daran gehen, wenn man der deutschen Demokratie auf der Londoner Konferenz eine Betätigungsmöglichkeit gegeben haben würde. Vielleicht sei der Tag nicht allzu fern, wo man es aus lebhaftester Bedauern werde, daß die Methode des Jahres 1924 sich nicht klarer und deutlicher von denen der Jahre 1919 und 1921 unterscheiden.

Sehr scharf ist die Kritik, die „Paris Soir“ an der Haltung der französischen Delegation übt. Wenn die

Stellung der französischen Unterhändler in London von Tag zu Tag schwieriger

erscheine, so liegt die Schuld vor allem daran, daß sie fortwährend zwischen zwei politischen Auffassungen hin- und her schwanken und sich nicht zu entscheiden vermöchten. Man spüre, daß ihre Sympathien in der Richtung einer freien und christlichen Verständigung gingen; aber man frage sich, warum sie das vorbereitete, ihnen auf diesem Wege zu folgen. Sie habe erkannt, daß die Stunde gekommen sei, mit dem Verfahren des nationalen Blocks reinen Tisch zu machen. Die Methode der Gewalt hätte endgültig Fiasco gemacht und daher erwarte die Mehrheit des französischen Volkes, daß man endlich mit den Methoden der internationalen Zusammenarbeit beginne. Frankreich sei bereit, Opfer zu bringen, wenn dadurch endlich normale und stabile Beziehungen zwischen den einzelnen Nationen hergestellt werden können. An Herrn Herriot liege es, in diesem Sinne zu handeln. Auch in der „Cere Nouvelle“ finden sich ähnliche Gedanken. Wenn Poincaré heute in London die Verhandlungen führe, so würde er sich wahrscheinlich kein Gewissen daraus machen, die Forderungen der Finanz abzulehnen, den Dawes-Plan zum Scheitern zu bringen und zu der Politik der Gewalt und Isolierung zurückzukehren. Sicher aber habe das französische Volk Poincaré am 11. Mai nicht in der Absicht gestürzt, zu seinen Methoden zurückgeführt zu werden.

Der angebliche Standpunkt Herriots.

Paris, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Sonderkorrespondent des „Temps“ meldet am Mittwochabend, daß die Londoner Verhandlungen über Feststellung deutscher Verfehlungen und Sanctionen am Mittwochmorgens an einem sehr heißen Punkt angelangt seien. Herriot sei entschlossen, das Programm, das er sich gestellt habe, nicht weiter abändern zu lassen. So lebhaft sein Wunsch sei, zu einer Verständigung mit den anderen Delegationen zu gelangen, so sei er doch andererseits nicht geneigt, in den Fragen, wo es um die Souveränität und Unabhängigkeit Frankreichs gehe, irgendwelche Konzessionen zu machen. Die französische These sei, daß der Reparationskommission ihre volle Autorität und Unabhängigkeit gewahrt werden müsse, und wenn außer dem Voten für die Zahlungen und einem Vertreter der internationalen Geldgeber auch noch ein Delegierter der Banken selbst in das Verfahren zur Feststellung deutscher Verfehlungen eingeschaltet werden solle, das nur in rein beratender Eigenschaft gesehen könne. Vor allem aber habe man es in den Kreisen der französischen Delegation nicht für unbedingt erforderlich, ein neues Komitee zu schaffen, wie das in dem belgischen Vermittlungsvorschläge in Aussicht genommen sei.

London, 23. Juli. (W.B.). Der französische Ministerpräsident wird wahrscheinlich morgen London verlassen, um sich nach Paris zu begeben. Er wird am Montag wieder in England zurück erwartet. (Wird in letzter Stunde bestritten.)

Ein Steuerkandal.

Von Paul Herz.

Die Monatsübersichten des Reichsfinanzministeriums über das Auskommen von Steuern, Zöllen und Abgaben weisen seit einiger Zeit die erstaunliche Tatsache auf, daß fortgesetzt bedeutende Rückzahlungen aus der Landabgabe vorgenommen worden sind. Diese Rückzahlungen belaufen sich in den Monaten März bis Juni auf folgende Beträge:

Table with 2 columns: Month and Amount in Goldmark. March: 10 154 284,34; April: 3 286 298,82; Mai: 4 863 590,04; Juni: 3 807 511,50; März bis Juni: 22 111 684,70.

Ueber diese merkwürdigen Rückzahlungen befragt, gab Staatssekretär Zapf vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages gänzlich ungenügende Erklärungen ab, die über die tatsächlichen Vorgänge keinen Aufschluß geben konnten. In der Tat hat das Reichsfinanzministerium allen Anlaß, nicht Vorgänge zu enthüllen, die in ihrem ganzen Umfang bei der schlichten Finanzlage des Reiches fast unbegreiflich sind.

Die zweite Steuernotverordnung, die erste selbständige Tat des Finanzministers Luther, hob unter schärfstem Widerspruch der Sozialdemokratie die Landabgabe zwei Monate vor ihrem natürlichen Ende mit Wirkung vom 1. Januar 1924 auf. Er erfüllte damit die von seinem Vorgänger Hilferding abgelehnte Forderung der Großagrarier. Die Verordnung bestimmte gleichzeitig, daß der zuviel gezahlte Betrag auf die neue Vermögenssteuer verrechnet und, soweit er darüber hinausging, erstattet werden sollte. Die Anrechnung bzw. Erstattung sollte nach dem Goldwert erfolgen, auf den die zuviel gezahlten Beträge nach besonderen, vom Reichsminister der Finanzen ermittelten Sätzen umzurechnen waren. Diese Bestimmung war getroffen worden, weil es bekannt war, daß tatsächlich im großen Umfang Ueberzahlungen auf die Landabgabe stattgefunden hatten.

Nicht etwa, daß die Landwirtschaft in übertriebenen Steuerheroismus mehr Steuern gezahlt, als sie nötig gehabt hätte. Sondern die Sache stand so: Die Landabgabe war bekanntlich die erste Besitzsteuer, die auf sozialdemokratisches Drängen auf Gold gestellt worden war. Der Papiermarkbetrag der Abgabe wurde jeweils nach Umrechnungssätzen des Reichsfinanzministeriums aus dem zu zahlenden Goldmarkbetrag errechnet. Aber der Apparat des Reichsfinanzministeriums funktionierte nicht so reibungslos, daß eine tägliche Festsetzung dieser Umrechnungssätze möglich gewesen wäre. Deshalb konnten im September die Umrechnungssätze zunächst nur wöchentlich dem Sinken der Papiermark angepaßt werden. Das aber genügte für den damals so rasenden Sturz der Papiermark bei weitem nicht. Die Umrechnungssätze hinkten schon nach, bevor sie überhaupt in Kraft getreten waren. Und am Ende der Woche, für die sie galten, stellten den nach ihnen ermittelte Papiermarkbetrag der Steuer nur noch einen geringen Bruchteil des Goldmarkbetrages dar, der nach dem Gesetz erhoben werden sollte. Damals schrieb sogar die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (12. 9. 1923): „Dank dem überholten Umrechnungssatz war es den meisten Landabgabepflichtigen möglich, mit einem Zentner Roggen rund 35 „Goldmark“ zu begleichen.“ Sie zahlten also tatsächlich nur den fünften Teil ihrer Steuer. Und auch als der Umrechnungssatz dann halbwöchentlich ermittelt wurde, konnte er dem inzwischen noch gesteigerten Marksturz ebenförmig folgen.

Diese günstige Situation hatten viele Landwirte bald erfaßt und waren sofort voll Eifer, zu diesen nie wiederkehrenden Bedingungen möglichst ihre ganze Landabgabenschuld mit einem Mal zu begleichen. Wer es irgend konnte, zahlte also seine gesamte Landabgabe für die ganze Zeit ihrer ursprünglich vorgesehenen Dauer von September 1923 bis Februar 1924. Und bei diesem Betrag betrogen sie den Fiskus noch allzuoft dadurch, daß sie bargelblos zahlten und die Zahlung verspätet und insolge dessen entwertet eintraf. Jeder dieser tapferen Patrioten zahlte also höchstens den fünften Teil seiner tatsächlichen Steuer Schuld.

Nun aber kam die zweite Steuernotverordnung und verzögerte die Lebensdauer der Landabgabe um zwei Monate. Da war es schon ein himmelstreichendes Unrecht, daß man überhaupt einen Erstattungsanspruch derjenigen Abgabepflichtigen anerkannte, die die Abgabe schon für Januar und Februar bezahlt hatten. Denn sie hatten die Abgabe gar nicht „überzahlt“, sondern weit unterzahlt. Und sie hatten das rein aus Spekulationsgründen getan. Die zweite Steuernotverordnung schützte also nur betrügerische Spekulant. Das Gefährlichste aber war, daß der Betrag dieser „Ueberzahlung“ in Goldmark nach besonderen Umrechnungssätzen des Reichsfinanzministeriums errechnet werden sollte. Wie das geschehen ist, ist einstweilen unbekannt. Bekannt ist nur das Ergebnis:

Nach den Erklärungen des Staatssekretärs Zapf hat die Landabgabe auf Goldmark umgerechnet etwa den Betrag von

insgesamt 40 bis 44 Millionen gebracht. Nach der genaueren Berechnung im „Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1924“, erschienen Ende März 1924, ist der Gesamtertrag der Landabgabe bis Februar 1924 41586746 Goldmark. Wie sich aus der obigen Aufstellung ergibt, sind von diesem Ertrag bis heute 22111694 Goldmark, also mehr als die Hälfte wieder zurückgezahlt worden. Nun steht aber die zweite Steuernotverordnung vor, daß Rückzahlungen erst in zweiter Linie erfolgen sollen, nämlich erst dann, wenn eine Anrechnung auf die neue Vermögenssteuer nicht in Frage kommt. Es ist also zunächst alles, was auf die Vermögenssteuer verrechnet werden konnte, verrechnet worden, und die 22 Goldmillionen Rückzahlung sind nur der übrige Rest. Die Vermögenssteuer hat bis heute insgesamt rund 195 Goldmillionen gebracht. Rechnet man nur ein Viertel davon als aus der Landwirtschaft stammend, so entfallen auf diese nahezu 50 Goldmillionen. Und bedenkt man, daß der größte Teil gerade der wohlhabenden Besitzer die Landabgabe „überzahlt“ hatte, so wird man den zur Anrechnung gekommenen Betrag mit etwa 20 Millionen nicht zu hoch schätzen. Dann ergibt sich folgende Rechnung:

Gesamtertrag der Landabgabe, höchstens	42 Millionen Goldm.
Anrechnung auf die Vermögenssteuer	20
Rückzahlung	22
Reisen	00 Millionen Goldm.

Danach hätte also die Landwirtschaft ihre Landabgabe, die sie zu ungeheurer demagogischer Sabotagegefahr gegen alle Steuern überhaupt ausbeutete, auf Heller und Pfennig zurückgezahlt bekommen. Und dieser Skandal wird noch größer dadurch, daß diese „Rückzahlung“ tatsächlich ein reines Steuerergänzungsgeld an die Landwirte ist, die im Herbst 1923 die günstige Steuerkonjunktur rechtzeitig erkannten. Die Beträge zu diesen Geschenken sind aus dem Aufkommen aus den Steuerleistungen derjenigen vorwiegend kleinen Landwirte genommen, die nicht so „klug“ waren und die dann später nachträglicher Notwendigkeit des Goldumrechnungslages ihre Abgabe Monat für Monat zum vollen Goldwerte zahlen mußten! Bedor wir Schlussfolgerungen aus diesem Tatbestand ziehen, wollen wir abwarten, ob und wie inzwischen das Reichsfinanzministerium eine „Rechtfertigung“ seines Verhaltens gefunden hat.

Durchpeitschung der Zollvorlage?

Die auf den Antrag Preußens erfolgte Zurückstellung der Schutzollvorlage im Reichsrat hat die Agrarier schwer gekränkt. Die „Deutsche Tageszeitung“ schimpft deshalb auf den preussischen Landwirtschaftsminister und seinen Staatssekretär, die pflichtvergessen genug sich ausgerechnet jetzt, in einem Augenblick auf den Urlaub begeben hätten, „in dem die Verhandlung der so ungemein wichtigen Zollvorlage parlamentarisch durch die Vorlage beim Reichswirtschaftsrat und beim Reichsrat aufs höchste aktuell geworden ist“. Sie fürchten, daß die Stimme der Arbeiterschaft die Regierung zur Zurückhaltung veranlassen könnte.

Der bayerische Landwirtschaftsminister Prof. Fehr hat bereits angekündigt, daß die Schutzollvorlage schleunigst, mindestens noch vor der Ernte, unter Dach und Fach kommen müsse. Deshalb wird mit Hochdruck gearbeitet, die Wünsche der Agrarier zu befriedigen. Am Donnerstag findet die entscheidende gemeinsame Beratung des wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates statt und am Freitag kommt es im Reichsrat zur Behandlung der Vorlage. Zunächst wird die Frage entschieden werden, ob die Wiedereinführung der Agrarzölle auf dem Wege der Verwaltung, wie die Regierung es will, oder auf dem des Parlaments erfolgen soll, da das Ermächtigungsgesetz vom 5. August 1923 außer Kraft getreten ist.

Frank Wedekind.

(Geb. 24. Juli 1864.)

Von Alfons Hedor Cohn.

Ein gutes halbes Jahrzehnt nach seinem Tode, zu einem Zeitpunkt, da er im Leben erst sein sechstes Jahrzehnt vollendet haben würde, wirkt Frank Wedekind bereits historisch. Damit sei nicht gesagt: veraltet oder überwunden. Aber sein Lebensbild und sein Wirkungsbereich erscheinen abgeschlossen, sein Wert und seine Stellung kaum noch umstritten, weder von verständnislosen Reibern, noch von hoffstolzen Bewunderern.

Dieses Lebensbild und diese Stellung sind allerdings unter seinen Mitstreibern und Zeitgenossen einzigartig. Schon mit einigen zwanzig Jahren hatte er in Zürich, München und Berlin persönliche Führung mit den jungdeutschen literarischen Kreisen, die sich in der „Gesellschaft“ oder der „Freien Bühne“ zusammenschlossen. Aber sein dichterischer Weg blieb davon unberührt, wie seine bisherige Lebensbahn so durchaus von der des damaligen jungen Deutschland der Literatur abwich. Der Vater, aus altem hannoverschen Geschlecht, hatte, nach Lehr- und Wanderjahren durch ganz Europa bis in den Orient, als freiwilliger Verbannter vor der nachmilitärischen Reaktion, sich als Arzt in San Francisco niedergelassen und heiratete dort die vierundzwanzig Jahre jüngere Württembergische Kammerer, die aus Schwesternulle und äußerer Not in Süd- und Mittelamerika auf kleinen Bühnen und im Varieté als kaum zwanzigjährige sich das Dasein erkämpfen mußte. Kurz nach der Rückkehr des Elternpaares aus Amerika kam Benjamin Franklin, wie seine Vornamen lauteten, in Hannover als amerikanischer Staatsbürger zur Welt. Acht Jahre später überlebte die inzwischen auf acht Köpfe angewachsene Familie auf dem Schloß Benzburg im Schweizer Aargau, das der wohlhabende Vater, nur noch seinen Reigungen als publizistischer Publizist und dilettierender Sammler lebend, aus Unbefriedigtheit mit den öffentlichen Zuständen der deutschen Heimat erworben hatte. Dieser naturphilsophische in dem republikanischen Nachbarlande gibt den Hintergrund zu Frank Wedekinds Schicksal. Die Erinnerungen an diesen Schauspieler spielen reichlich seine Prosa und seine Dramatik. Die verschlungenen Ausläufer seiner sozialen Herkunft aber bestimmten wesentlich die Form seiner inneren Entwicklung.

Die internationalen Elemente seiner Abstammung und Entwicklung verstärkte er selbst nicht nur dadurch, daß er häufig ins Ausland, nach Paris und besonders nach London, strebte, sondern auch indem er aus innerstem Drange mit den Internationalisten des Kunstlerturns, den Lesern vom Varieté und vom Zirkus, Umgang hielt. Sehr bezeichnend sind einige Sätze aus Zeitungsartikeln des 23jährigen über den Zirkus in dieser Hinsicht: „So oft ich das hohe lustige, leichtgefällige Haus betrete, überläuft mich ein eigener Wonneshauer. Es ist die festliche Luft, die mich hier umweht, das Prachtvolle, Groß-

Gegen den Achtstundentag.

Das Programm der kommenden Regierungspartei.

Die Deutschnationalen haben im Reichstag zur Frage des Achtstundentages und der internationalen Sozialpolitik einen Antrag eingebracht, der in seiner Kürze und Brutalität eine Fahne der sozialen Reaktion in Deutschland ist. Der Antrag lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Vorlage des Washingtoner Abkommens“ zur Ratifizierung zu unterlassen und die Mitgliedschaft Deutschlands im Internationalen Arbeitsamt in Genf angesichts der dort dauernd geübten Brüskierung der deutschen Sache zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.“

Jetzt gilt es eine klare und rasche Entscheidung der Regierung! Sie muß Klarheit schaffen, ob sie das Programm der sozialen Reaktion annehmen will gegen den Willen der Arbeiterschaft, oder ob sie endlich ratifizieren will. Die Deutschnationalen zeichnen den Kurs vor, den sie als Regierungspartei von morgen hienieden wollen: Unterdrückung der Arbeiterschaft, Abbau der internationalen Sozialpolitik, Rücktritt in der Sozialpolitik bis hinter das Jahr 1890 zurück. Das Wesen eines kommenden Bürgerblocks hebt sich immer deutlicher heraus. An der Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens werden sich Regierung und Regierungsparteien von heute entscheiden müssen, ob sie den Kurs der Regierungsparteien von morgen mitmachen wollen.

Scherl und die „Budiker“.

Verhöhnung des Gastwirtsberufes.

Die Berliner Rechtsprelle hatte dieser Tage eine neue Hebe gegen unseren Parteigenossen Seering eröffnet, weil dieser Mitinhaber einer Schankwirtschaft in Bielefeld, der „Eisenhütte“, sein sollte. Daraufhin wurde hier mitgeteilt, daß Seering, der frühere Bielefelder Maschinenfabrikant, der Verwaltung des Bielefelder Verbandshauses, eben der „Eisenhütte“, ehrenamtlich angehört hat, in ihr aber seit 1912 nicht mehr aktiv, sondern nur noch Firmenträger ist.

Was macht die Nachausgabe des „Tag“ daraus? Sie bringt ein Bild, wie Seering mit der Gastwirtschürze an der Theke steht, unter der Leberkäse, „Immenminister und Ehrenbudiker“ und dazu den Text: „Der „Bormärts“ stellt fest, daß Herr Karl Seering seit 1912 nicht mehr aktiv tätig, sondern nur noch Mitglied der Handelsgesellschaft und Firmenträger ist.“ Um Seering herabzusehen, soll also der Anschein erweckt werden, als ob er bis 1912 Gastwirt gewesen wäre!

Wäre das richtig, so wäre das für Seering keine Schande. Und ebensov wenig wäre es eine Schande, wenn einmal ein Gastwirt Minister würde. (Es dürfte allerdings bloß keiner von denen sein, deren Leitblatt der „Vokal-Anzeiger“ ist, denn die sind hoffnungslos.) Für die deutschnationale Presse, voran der „Scherl-Tag“ mit seinem „Vokal-Anzeiger“, ist aber der Vorus eines Gastwirts, eines „Budikers“, offenbar ein entehrendes Gewerbe, das zur Bekleidung öffentlicher Ämter unfähig macht.

Helfferich-Nachklänge.

Ein eingestelltes Strafverfahren.

Kaum war der alte Reichstag aufgelöst, da wurde die Welt überrascht durch die befremdliche Mitteilung, der Staatsanwalt habe gegen eine Reihe früherer Abgeordneter, darunter auch die Genossen Jubel, Dr. Moses und andere, ein Strafverfahren eingeleitet wegen Verbrechens gegen § 106 des Strafgesetzbuchs.

Was wird ihnen zur Last gelegt? Sie sollten am Tage des Rathenau-Wortes versucht haben, den Abg. Helfferich durch Gewalt und Bedrohung an der Ausübung seines Mandats zu verhindern! Die stürmische Entrüstung, die sich am Nordtag gegen den Blumenstrauch-Helfferich richtete, sollte also nachträglich in einem strafrichterlichen Urteil geführt werden. Das war sehr fein aus-

gedacht, blieb aber doch nur ein frommer deutschnationaler Wunsch. Wenigstens hat jetzt die zweite Strafkammer beim Berliner Landgericht I dem Genossen Dr. Moses mitgeteilt, daß auf Antrag des Staatsanwalts er „aus dem tatsächlichen Grunde des mangelnden Beweises“ außer Verfolgung gesetzt sei.

Da die übrigen Angeklagten aufs neue Abgeordnet geworden sind, so kann das Verfahren gegen sie gegenwärtig nicht weitergeführt werden. Das „Außer-Verfolgung-Setzen“ dieser Beschuldigten wird also noch ein Weisigen dauern. Aber daß sie erfolgen muß, daran wird ja heute wohl auch die Staatsanwaltschaft nicht mehr zweifeln. Sie hätte die Anlage dieser Aktenbände sich wirklich sparen können.

Völkische Revolverhelden.

Rohbach-Terror in Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei einem Volksfest, das am Sonntag in Grevesmühlen stattfand, überfielen in den späten Abendstunden völkische Jünglinge in Uniform singende Arbeiter mit Gummistöcken. Als die Arbeiter verstärkt zurückkehrten, eröffneten die Völkischen aus einem Café ein regelrechtes Feuer. Etwa 30 Schüsse wurden nicht nur aus dem Lokal, sondern auch aus den Privaträumen des Cafébesizers blindlings in die Menge abgegeben. Die Polizei verhielt sich zunächst völlig passiv und tat nichts zur Ergreifung der Revolverhelden. Es gelang jedoch, einen 19jährigen unmorgensherten Schriftsetzer, der im Besitz einer Waffe war, der Polizei zu übergeben. Anschließend auf telephonischen Anruf erschienen gegen 12 Uhr nachts auf Postautomobilen Rohbach-Beute von einem benachbarten Gut, mit deren Unterstützung die Schießerei in den Straßen abermals begann. Der Arbeiter Schoof wurde durch einen Brust- und Armschuß und 10 Schrotkugeln im Rücken schwer verletzt; leichter verletzt wurden eine Frau durch Beinschuß, ein junger Mann durch Brustschuß und zwei Männer durch Schrotkugeln. Die Arbeiter haben nicht geschossen. Am Montag weckte die Staatsanwaltschaft in Grevesmühlen und nahm im Laufe des Tages mehrere Verhaftungen vor.

Strafverfahren gegen den Abg. Fahrenhorst

Vor dem erweiterten Schöffengericht Charlottenburg sollte sich gestern der Führer des Reichsbundes der Deutschnationalen Kampfgemeinschaften Fahrenhorst wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik verantworten. Die Anklage stützt sich auf eine Rede Fahrenhorsts in einer öffentlichen Versammlung, in der er sich abfällig über die Regierung geäußert hat. Zur Verhandlung war gestern der Angeklagte nicht erschienen und hatte erklärt lassen, daß er als Mitglied des Reichstags nicht erscheinen werde. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß das Verfahren, falls der Reichstag die Einstellung nicht verlangen sollte, durchgeführt werden müsse. Ein Einstellungsbeschluss des Reichstags ist bisher nicht eingegangen, da jedoch Mitglieder des Reichstags nicht verhaftet oder vorgeführt werden dürfen, so beschloß das Gericht, das Verfahren auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Beamtenfragen im Reichstag.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags befaßte sich am Mittwoch mit Beamtenfragen. Nach kurzer Beratung der ihm vom Plenum überwiesenen Anträge auf Aufhebung der Ermächtigung der Regierung zur selbständigen Regelung des Grundgesetzes und der Ortszuschläge der Beamten wurde ein demokratischer Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei angenommen, in dem die Entziehung der Ermächtigung ausgesprochen wird. Auf einen nachträglichen Vorstoß der Deutschen Volkspartei, die Ermächtigung für die Regelung des Ortszuschlages wiederherzustellen, beschloß die Mehrheit, eine zweite Beratung dieser Angelegenheit am 24. Juli vorzunehmen. Im Verlauf der Beratung über die Besoldungsfrage stellte Abg. Bender (Soz.) die Frage, wieviel von den der Regierung zur Verfügung gestellten 7 1/2 Millionen eigentlich auf die Grundgehälter der Gruppen I bis IV verteilt worden seien. Er brachte die lebhaften Klagen der Diätare und der anderen Beamten, die vollständig leer-

artige und in seiner Art doch so unsagbar kindliche.“ Damals bereits wie später noch so oft preist und verkürt er das außerordentlich geistreiche der körperlichen Ausbildung und Schauspieler, wie sie der Zirkus, der Tanz, die Pantomime fordern. Damit war er ein vollkommener Fremdling in einer Generation von jugendlichen Erneuerern, die in einheitlicher Geistigkeit und an der Seite der sozialen Kämpfer ihr Wirkensziel erblickten. Wedekind hat das feste Erbe beider Eltern ziemlich unvermittelt nebeneinander getragen: das Theaterbiut der Mutter, die übrigens die pflicht-treue und verständnisvollste Hausfrau wurde, und den strengen, abstrahierenden und moralisierenden Pedantismus des Vaters. Das Wesen der Mutter, noch durch die musikalische Reigung und Begabung des Muttervaters verstärkt, trieb ihn in die Poesie, zwang seine Phantasie auf die Bühne, in die dramatische Form, zum Ballet, wie zur Pantomime. Der Geist des Vaters aber kämpfte, je weiter sich dieser aus dem irdischen Dasein entfernte hatte, den üppig wuchernden Sensualismus des Sohnes nieder: Wedekinds Bekenntnis zur schrankenlosen Sinnesfreude, im Liebesgenuß wie in jedes leidlichen Entfaltung, das durch seine blutvolle, schicksalswehe Gestaltungskraft die tiefste Rechtfertigung und höchste Weihe erhielt, begann er selbst mit den fortschreitenden Jahren dadurch zu unterhöhlen, daß er es durch gedankliche Schemata und kopfliche Moralfälle zu festigen vermeinte.

Wedekinds Stärke und Schwäche, sein Verhängnis und sein Glück als Mensch wie als Schaffender, war sein Individualismus. Die politischen Freiheitsideen des Vaters, die demokratischen Traditionen des Großvaters Kammerer, der als Demagoge der Weiterentwicklung zu Gefängnis verurteilt wurde, Wedekinds eigene Erfahrungen mit der beleidigten Majestät als „Simplizissimus“-Mitarbeiter blieben völlig wirkungslos, insofern als sie nie ein Pflichtgefühl gegenüber dem Volksganzen bei ihm weckten. Sein Interesse ging immer nur vom einzelnen aus und führte auf ihn zurück. Und zwar trotz aller scheinbaren modernisierten Kalofagathie blieb das von der persönlichen Leidenschaft bewegte Innere sein Feld. Wedekind war letzten Endes, aller vermeintlichen Kraxelheiten und brutalster Sinnlichkeiten zum Trotz, ein Phantast, er sah nicht die Wirklichkeit im alltäglichen Sinne, als Prosaist war er nie Naturbildner, wurde nie, trotz aller empfindlichen Versuche, ein richtiger Journalist, und als ihn die Entwicklung seiner letzten Jahre immer weiter ab von der nat-stannlichen Bestätigung in religiöse Weltprobleme führte, wäre er auch sicherlich hier bei einer längeren Schaffensdauer, als ihm sein durch ein klassisches Bohemedasein verbrauchter Körper verstaute, in wüsten Bruchland geraten, weil ihn emerselbst die lebendige Schöpferkraft verlassen hatte und er andererseits mit den Bedürfnissen und Sehnsüchten seiner Zeit keinen Konnex gefunden hätte.

Den sozialistisch gestimmten jungdeutschen Realisten von 1890 stand er fremd gegenüber, und darum wirkten seine ersten Werke, die auf ihn aufmerksam machten, „Frühlingserwachen“, „Erdgeist“ und die als „Fü-ß-in-Russland“ gesammelten

Erzählungen wie seine Werke als eine Erneuerung, als ein Fortschritt über den Naturalismus hinaus, als ein Appell an ein höheres und stärkeres, naturwunderwonderes Menschentum gegenüber den rationalistisch analysierten, soziologisch gebundenen Typen des Leidens und Mitleidens. Das war richtig, das war ein Fortschritt oder mindestens eine Bereicherung. Wedekinds dichterische Ahnen waren der „Sturm und Drang“ von hundert Jahren früher, war das natursehnfüchtige Weltbürgertum Rousseaus, in dessen historischem, landschaftlichen Dunstkreis der Knabe und Jüngling aufwuchs. Er war der geborene und auch heute noch der stärkste Dramatiker deutscher Junge des letzten halben Jahrhunderts. Das beweist u. a. seine zahllose Nachahmerschaft, die das Neue und Starke, das sich im jugendlichen Expressionismus birgt, nicht nur der Form des Wedekindschen Dialogs entlehnt hat, sondern auch jenem typischen und grandiofen Erlebnis der eroischen Tragik des „schönen Tiers“, wie er selbst seine Lulu im Erdgeist-Prolog einmal genannt hat.

Zu Wedekinds Bildnis.

Wedekind war, wie alle echten Dramatiker von je, Schauspieler. Nicht nur in dem Sinne, daß er als Dichter jede seiner Gestalten innerlich nach- oder vorlebte, nicht nur, daß es ihn drängte, viele dieser Gestalten selbst auf den Brettern ins sichtbare Leben zu führen, sondern auch indem er als Bürger ein doppeltes, vielgestaltiges Dasein lebte und liebte. Der herrschenden Gesellschaftsmoral und ihren Vertretern gegenüber war er der rückwärtsloseste, paradoxale Revolutionär, den Genossen der eigenen Junge aber suchte er durch übertriebene Korrektheit und geradezu posteriore Würde zu imponieren.

Die wenigen Male, an denen ich mit Wedekind persönlich zusammengetroffen bin, war es merkwürdigerweise mit Wedekind dem Schauspieler. Zuerst 1898 in Leipzig, da Carl Heines verdienstvolles „Sölen-Theater“ verschiedene Aufführungen Wedekindscher Werke wagte. Ich sah „Erdgeist“, Wedekind sprach, neben der kleinen Rolle des Künstlers Rodrigo im Schlaf, den Prolog im Kostüm eines Menageriedirektors; roten Frack, weißen Lederhosen und hoher schwarzer Stulpen, auf dem Kopf eine schwarzbuschige Fodderperücke, in der einen Hand die Peitsche, in der anderen den Revolver. So groß und martialischerisch und doch mit dem deutlich vernehmbaren Unterton bedeutsamer Tragik war auch sein Sprechen. Sein tiefes Organ mit dem smarrenden Keh-R, sein scharfes Standieren der Worte und Sätze, dabei eine fast unvorwanda harte Haltung — mit diesen Mitteln hat der Schauspieler Wedekind stets, wenn auch nicht jeden seiner Zuschauer überzeugt, so doch sicher gefesselt und ihm das Bewußtsein eines persönlichen und vielleicht neuen „dekorativen“ Stils überzogen. So sah ich ihn später als Hetman in „Hidalgo“, als Kommerzienrat im „Marquis von Keith“, so spielte er den Aufschliherjak wie den König Niccolò.

Für uns andershalb Jahrzehnte Jüngere, die wir „Erdgeist“ längst aus der Bekläre kannten, wirkte die Tragödie durch die zwingende und sinnentfällige Einführung seines Prologs zum erstenmal voll verständlich. Togg, darauf, in einer Bilsener Stube der alten Stadt, sprachen wir mit ihm über die Aufführung, über seine Auf-

ausgegangen sind, zur Sprache und begründete folgende Entschliessung:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich in eine Nachprüfung der Besoldung der Reichsbeamten mit dem Ziel einer ausreichenden Bemessung der Gehälter der unteren und mittleren Gruppen einzutreten und dem Reichstag so schnell wie möglich einen entsprechenden Bescheid vorzulegen.“

Nachdem sich Zentrum und Deutsche Volkspartei gegen den Antrag gemeldet hatten und von den Deutschnationalen statt Erhöhung der Grundgehälter Erhöhung der Sozialzulagen verlangt worden war, wurde die Entschliessung von der aus den Regierungsparteien und den Deutschnationalen bestehenden Mehrheit abgelehnt. Abgelehnt wurde auch gegen die Stimmen der Antragsteller der kommunistische Zusatzantrag, für den Zweck der Besoldungserhöhung 500 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Die Frage nach der Verteilung der 7 1/2 Millionen soll in den nächsten Tagen beantwortet werden.

Bei der Beratung der Beschlüsse des Beamtenausschusses zog Abg. Morath (D. Vp.) seinen in 14. Ausschuss angenommenen Antrag auf Einstufung der Pensionäre in die Beförderungsklassen ihrer Laufbahn zugunsten einer Entschliessung des Zentrums zurück, in der die Regierung ersucht wird zu prüfen, wie die Benachteiligung der vor dem 1. April 1920 pensionierten Beamten beseitigt werden kann. Ueber die im 14. Ausschuss ebenfalls angenommenen sozialdemokratischen Anträge auf Befestigung des neunstündigen Mindestarbeitstages der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches und die Wiedereinführung der durchgehenden Dienstzeit soll in der am 24. Juli stattfindenden Sitzung unter Zuziehung sämtlicher beteiligten Ressorts beraten werden.

Ein Kulturfortschritt.

Auf dem Wege zur Auslandshochschule.

Vor einigen Tagen hat der preussische Landtag mit großer Majorität für folgenden Antrag des Hauptausschusses gestimmt: „1. Das Orientalische Seminar ist als besonderes Institut derart zu erhalten, daß es künftig bei der Errichtung einer Auslandshochschule als Grundlage dienen kann. 2. Dem Seminar ist eine kollegiale Verfassung zu geben.“

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat einstimmig diesem Antrag zugestimmt, der einmal für die Fortentwicklung unserer ausländischen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen von größter Bedeutung werden kann. Das Orientalische Seminar stellt sich darauf ein, alle Elemente des Volkes, die sich wissenschaftlich oder berufsmäßig (als Kaufleute, Angestellte, Techniker, Arbeitersekretäre) mit Auslandsfragen zu beschäftigen haben, in der Gegenwartsprache und in der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Kultur der fremden Nationen intensiv zu schulen. Es öffnet seine Pforten allen Klassenangehörigen der Gesellschaft. So beschäftigt sich z. B. ein Lithograph sehr erfolgreich im Seminar mit dem Studium der russischen Sprache und Kultur.

Der preussische Landtag hat mit seinem Beschluß die Bahn des Reichstages betreten, der bereits im Jahre 1918 den Ausbau des Seminars zur Auslandshochschule beschloß.

Das Seminar wird sich, nachdem ihm eine kollegiale Verfassung verliehen ist, ganz anders selbständig entwickeln können als unter der Herrschaft einer Kanzlei, durch die ziemlich absolutistisch in die Verhältnisse des Seminars hineinregiert werden konnte.

Der Schutz der Pächter.

Sozialdemokratischer Antrag im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag auf Abänderung der Pachtordnung eingebracht, der die Aufhebung der Befristung des Pachtvertrages und die Befestigung der durch die Ermächtigungsgesetze erlassenen Verordnung zur Änderung der Pachtordnung verurteilten Einschränkungen des Pachtvertrages fordert.

Das Bauwesen hat in Deutschland einen außerordentlichen Umfang. 1907 waren 17 Proz. aller landwirtschaftlichen Betriebe ausschließlich Pachtland. Während aber die mittleren Betriebe

fast alle in Eigenbesitz bewirtschaftet werden, kommen die Pachtbetriebe vor allem bei den kleinsten Betrieben unter 1/2 Hektar vor und machen hier 86 Proz. der Gesamtzahl aus, sowie bei den Großbetrieben über 100 Hektar, die zu 24 Proz. ausschließlich auf Pachtland wirtschaften. Gerade bei der minderemittelten Bevölkerung hat sich die Pacht als ein wirksames Mittel zum allmählichen Aufstieg in bessere Lebensbedingungen erwiesen. Andererseits gründet sich aber beim Kleinpächter seine ganze Existenz auf das Pachtland. Wird ihm das Pachtland entzogen, so kommt das in vielen Fällen einer Vernichtung seiner Existenz gleich. Für diese Schichten ist der Pachtvertrag, der eine willkürliche Aufhebung des Pachtvertrages nach Ablauf der Pachtzeit durch den Verpächter verhindert, von größter Bedeutung.

Bisher ist aber diese Bedeutung immer dadurch gemindert worden, daß der Pachtvertrag stets nur auf eine kurze Zeit gesetzlich festgelegt wurde. So sollte die Pachtvertragsordnung ursprünglich schon am 30. September 1924 außer Kraft treten und ist dann durch die Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes nur bis zum 30. September 1925 verlängert worden. Will man aber gerade den Kleinpächtern tatsächlich das Gefühl der Sicherheit geben, das erforderlich ist, damit sie ihr Pachtland angemessen bewirtschaften, so muß der Pachtvertrag aus einer vorübergehenden Einrichtung zu einer dauernden gemacht werden. Es muß ganz allgemein der Grundbesitz ausgestellt werden, daß die Kündigung bestehender Pachtverhältnisse nur erfolgen darf, wenn überwiegende Interessen des Verpächters es verlangen, oder wenn der Pächter seiner Verpflichtung zur Bewirtschaftung des Grundstückes oder zur Innehaltung der Bedingungen des Pachtvertrages schuldlos nachkommt. Deshalb fordert der sozialdemokratische Antrag die Streichung der zeitlichen Begrenzung.

Die Verordnung zur Änderung der Pachtvertragsordnung vom 23. Februar 1924 hat die bisherige Pachtvertragsordnung in zwei Punkten verschlechtert. Sie hat einmal bestimmt, daß die Pachtverträge länger als drei Jahre nicht verlängert werden dürfen, wenn diese zugleich ein Arbeitsverhältnis enthalten und ein Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses vorliegt. Und sie hat weiter die Anwendung der Pachtvertragsordnung auf einen Teil der Pachtverträge, die nach dem 1. März 1924 abgeschlossen worden sind, ausgeschlossen. Die erste Bestimmung bedeutet besonders für die Heuerlinge eine Gefahr. Da bisher eine einseitige Praxis darüber, was als wichtiger Grund anzusehen ist, nicht besteht, droht die Gefahr, daß den Heuerlingen wegen ganz geringfügiger Anlässe gekündigt wird und diese damit gleichzeitig ihr Pachtland verlieren. Die Ausschließung eines Teils der neuen Pachtverträge vom Pachtvertrag ist gänzlich ungerechtfertigt, da die Pachtfrage nach Pachtland immer noch sehr groß ist. Erkennt man zudem an, daß der Pachtvertrag ein dauernder sein muß, so muß diese Bestimmung von selbst fallen. Der sozialdemokratische Antrag fordert daher auch die Aufhebung beider Einschränkungen.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages trat gestern in die Generaldebatte über die Lage der Landwirtschaft ein. Es wurden dabei berührt die Fragen der Kreditnot, der steuerlichen Belastung und Zollfragen. Zunächst kamen zur Begründung diejenigen Parteien zum Wort, die Anträge gestellt hatten, die Abg. Behmann (Dnack), Hepp (D.Vp.), Dr. Febr (Wirtsch. V.) und Heilmann (Komm.). Mit Ausnahme des letzteren wurden von allen Rednern dringende Maßnahmen aus auf landwirtschaftlichem Gebiet verlangt. Für das Reichswirtschaftsministerium sprach Ministerialdirektor Hoffmann. Das ganze Kabinett stehe hinter der Schutzollvorlage, die keinen Hochschutzzoll bedeute, sondern nur das wiederherstellen wolle, was bereits 1914 bestand. Der Fleischkonsum habe im ersten Quartal 1924 nur 63 Proz. der Vorkriegszeit betragen. Die Seehandlung werde einen Kredit von über hundert Millionen Mark auf drei Monate an die Landwirtschaft mit dreizehn Prozent geben. Die Rentenbank liquidiere und die Agrarbank übernehme die Abtragung der Wechselkredite in drei Jahren. Ein Tochterinstitut der Rentenbank werde als Agrarkreditinstitut gegründet.

Im Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete lag gestern ein Zentrumsantrag vor, der die Regierung ersucht, gegen das Verbot des Hilfsbundes für die Verdrängten Elend-Lotharinger im besetzten Gebiet Schritte zu tun, ferner ein von den Regierungsbevollmächtigten unterstühter demokratischer Antrag, der verlangt, daß die angeführten Beamten in ihrer Beförderung nicht benachteiligt werden sollen. Ein Regierungsvertreter sagte zu, daß ein weiterer Abbau der zurückkehrenden Beamten nach Möglichkeit unterbleiben sollte. Die vom Ausschuss aufgestellten Forderungen wegen der Verweisung der ausgewiesenen und zurückkehrenden Beamten wurde im einzelnen durchgesprochen. In den meisten Punkten erklärte die Regierung ihr Einverständnis, während sie gegen einzelne Punkte Bedenken erhob, die jedoch der Ausschuss nicht als stichhaltig ansah und über die er eine Entscheidung des Reichstages herbeiführen will. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Der 28. deutsche Krankenkassentag, die Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, e. V. in Dresden, tagt am 27. und 28. Juli d. J. in Hamburg. Für die Sozialversicherung und besonders für die Krankenkassen wird diese Tagung überragende Bedeutung haben, da der Hauptverband deutscher Krankenkassen mit rund 1000 Kassen und fast 12 Millionen Versicherten die größte Organisation der deutschen Krankenversicherung überhaupt darstellt und wohl eine der größten Organisationen der Welt ist. Die Tagesordnung sieht u. a. vor: Vorträge über den Umbau der Sozialversicherung, die Wiederaufnahme der sozialhygienischen Arbeiten und die Arztfrage.

Rein Gutmann aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Wegen parteischädigenden Verhaltens ist, wie die „Hamburger Volkszeitung“ meldet, die Genossin Rein Gutmann aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden.

größtenteils in Eigenbesitz bewirtschaftet werden, kommen die Pachtbetriebe vor allem bei den kleinsten Betrieben unter 1/2 Hektar vor und machen hier 86 Proz. der Gesamtzahl aus, sowie bei den Großbetrieben über 100 Hektar, die zu 24 Proz. ausschließlich auf Pachtland wirtschaften. Gerade bei der minderemittelten Bevölkerung hat sich die Pacht als ein wirksames Mittel zum allmählichen Aufstieg in bessere Lebensbedingungen erwiesen. Andererseits gründet sich aber beim Kleinpächter seine ganze Existenz auf das Pachtland. Wird ihm das Pachtland entzogen, so kommt das in vielen Fällen einer Vernichtung seiner Existenz gleich. Für diese Schichten ist der Pachtvertrag, der eine willkürliche Aufhebung des Pachtvertrages nach Ablauf der Pachtzeit durch den Verpächter verhindert, von größter Bedeutung.

Bisher ist aber diese Bedeutung immer dadurch gemindert worden, daß der Pachtvertrag stets nur auf eine kurze Zeit gesetzlich festgelegt wurde. So sollte die Pachtvertragsordnung ursprünglich schon am 30. September 1924 außer Kraft treten und ist dann durch die Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes nur bis zum 30. September 1925 verlängert worden. Will man aber gerade den Kleinpächtern tatsächlich das Gefühl der Sicherheit geben, das erforderlich ist, damit sie ihr Pachtland angemessen bewirtschaften, so muß der Pachtvertrag aus einer vorübergehenden Einrichtung zu einer dauernden gemacht werden. Es muß ganz allgemein der Grundbesitz ausgestellt werden, daß die Kündigung bestehender Pachtverhältnisse nur erfolgen darf, wenn überwiegende Interessen des Verpächters es verlangen, oder wenn der Pächter seiner Verpflichtung zur Bewirtschaftung des Grundstückes oder zur Innehaltung der Bedingungen des Pachtvertrages schuldlos nachkommt. Deshalb fordert der sozialdemokratische Antrag die Streichung der zeitlichen Begrenzung.

Die Verordnung zur Änderung der Pachtvertragsordnung vom 23. Februar 1924 hat die bisherige Pachtvertragsordnung in zwei Punkten verschlechtert. Sie hat einmal bestimmt, daß die Pachtverträge länger als drei Jahre nicht verlängert werden dürfen, wenn diese zugleich ein Arbeitsverhältnis enthalten und ein Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses vorliegt. Und sie hat weiter die Anwendung der Pachtvertragsordnung auf einen Teil der Pachtverträge, die nach dem 1. März 1924 abgeschlossen worden sind, ausgeschlossen. Die erste Bestimmung bedeutet besonders für die Heuerlinge eine Gefahr. Da bisher eine einseitige Praxis darüber, was als wichtiger Grund anzusehen ist, nicht besteht, droht die Gefahr, daß den Heuerlingen wegen ganz geringfügiger Anlässe gekündigt wird und diese damit gleichzeitig ihr Pachtland verlieren. Die Ausschließung eines Teils der neuen Pachtverträge vom Pachtvertrag ist gänzlich ungerechtfertigt, da die Pachtfrage nach Pachtland immer noch sehr groß ist. Erkennt man zudem an, daß der Pachtvertrag ein dauernder sein muß, so muß diese Bestimmung von selbst fallen. Der sozialdemokratische Antrag fordert daher auch die Aufhebung beider Einschränkungen.

Aus den Reichstagsausschüssen.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages beendete am Mittwoch die Debatte über die am Dienstag abgeordneten Erklärungen der Regierungspartei. Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion sprach Genosse Dr. Breitscheid.

Dem achtzehnten Ausschuss des Reichstages, der sich mit Aufwertungsfragen zu beschäftigen haben wird, gehören von der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Heimann als stellvertretender Vorsitzender sowie Dr. Herk, Dr. Hilsberg, Keil, Silberstein, Schmidt (Berlin) an.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages lehnte einen Antrag v. Graefe (Deutschnationale Freiheitspartei) auf Aufhebung des Disziplinarverfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Fried mit der Begründung ab, daß gerade von Abgeordneten begangener Missetat besonders schwer zu ahnden sei. Die Entscheidung des Ausschusses der Staatsanwaltschaft in Lübeck vom 23. Mai 1924 betreffend Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. Leber wegen Beleidigung wurde wegen der grundsätzlichen Wichtigkeit der Stellungnahme zur Immunität der Abgeordneten ausgesetzt, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, darüber sich zu äußern. Die Beschlüsse des Abgeordneten Thomas vom 19. Juni 1924 über die Hamburger Polizeibehörde wegen seiner vermeintlich beabsichtigten Inhaftierung wurde für begründet erklärt. Eine Entschliessung wurde angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Behörde zur strikten Innehaltung der Vorschriften der Reichsverfassung über die Immunität anzuhalten.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages trat gestern in die Generaldebatte über die Lage der Landwirtschaft ein. Es wurden dabei berührt die Fragen der Kreditnot, der steuerlichen Belastung und Zollfragen. Zunächst kamen zur Begründung diejenigen Parteien zum Wort, die Anträge gestellt hatten, die Abg. Behmann (Dnack), Hepp (D.Vp.), Dr. Febr (Wirtsch. V.) und Heilmann (Komm.). Mit Ausnahme des letzteren wurden von allen Rednern dringende Maßnahmen aus auf landwirtschaftlichem Gebiet verlangt. Für das Reichswirtschaftsministerium sprach Ministerialdirektor Hoffmann. Das ganze Kabinett stehe hinter der Schutzollvorlage, die keinen Hochschutzzoll bedeute, sondern nur das wiederherstellen wolle, was bereits 1914 bestand. Der Fleischkonsum habe im ersten Quartal 1924 nur 63 Proz. der Vorkriegszeit betragen. Die Seehandlung werde einen Kredit von über hundert Millionen Mark auf drei Monate an die Landwirtschaft mit dreizehn Prozent geben. Die Rentenbank liquidiere und die Agrarbank übernehme die Abtragung der Wechselkredite in drei Jahren. Ein Tochterinstitut der Rentenbank werde als Agrarkreditinstitut gegründet.

Im Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete lag gestern ein Zentrumsantrag vor, der die Regierung ersucht, gegen das Verbot des Hilfsbundes für die Verdrängten Elend-Lotharinger im besetzten Gebiet Schritte zu tun, ferner ein von den Regierungsbevollmächtigten unterstühter demokratischer Antrag, der verlangt, daß die angeführten Beamten in ihrer Beförderung nicht benachteiligt werden sollen. Ein Regierungsvertreter sagte zu, daß ein weiterer Abbau der zurückkehrenden Beamten nach Möglichkeit unterbleiben sollte. Die vom Ausschuss aufgestellten Forderungen wegen der Verweisung der ausgewiesenen und zurückkehrenden Beamten wurde im einzelnen durchgesprochen. In den meisten Punkten erklärte die Regierung ihr Einverständnis, während sie gegen einzelne Punkte Bedenken erhob, die jedoch der Ausschuss nicht als stichhaltig ansah und über die er eine Entscheidung des Reichstages herbeiführen will. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Deutscher Krankenkassentag.

Der 28. deutsche Krankenkassentag, die Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, e. V. in Dresden, tagt am 27. und 28. Juli d. J. in Hamburg. Für die Sozialversicherung und besonders für die Krankenkassen wird diese Tagung überragende Bedeutung haben, da der Hauptverband deutscher Krankenkassen mit rund 1000 Kassen und fast 12 Millionen Versicherten die größte Organisation der deutschen Krankenversicherung überhaupt darstellt und wohl eine der größten Organisationen der Welt ist. Die Tagesordnung sieht u. a. vor: Vorträge über den Umbau der Sozialversicherung, die Wiederaufnahme der sozialhygienischen Arbeiten und die Arztfrage.

Rein Gutmann aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Wegen parteischädigenden Verhaltens ist, wie die „Hamburger Volkszeitung“ meldet, die Genossin Rein Gutmann aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden.

Der Nobelpreis für Macdonald verlangt.

Kopenhagen, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) „Sozialdemokraten“ macht den Vorschlag, in diesem Jahre den Nobelpreis für den britischen Premierminister James Ramsay Macdonald zuzusprechen, der durch seinen unablässigen Kampf für eine gerechte Lösung der Reparationsfrage, für die Liquidation der Ruhr- und fristgemäße Aufhebung der Rheinbesetzung, für die Erweiterung und Universalität des Völkerbundes, für Abrüstung und Weltfrieden am meisten von allen getan habe, um den Frieden zu erhalten und für die Zukunft zu sichern.

Amerikas Europapolitik.

Washington, 23. Juli. (W.B.) Im Weißen Hause hat man die gefrige Erklärung des Staatssekretärs Hughes auf dem von der „Pilgrim Society“ in London veranstalteten Essen, daß auf den amerikanischen Beistand bei der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas gerechnet werden könne, für eine allgemeine Feststellung der amerikanischen internationalen Politik unter der Regierung des Präsidenten Coolidge. Hughes habe seine Aussprüche auf dem Essen vor Antritt seiner Reise mit Coolidge besprochen, und der Präsident sei der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten unter der gegenwärtigen Regierung durch das Versprechen, welches Hughes gegeben habe, verpflichtet seien und alle Anstrengungen gemacht werden müßten, es auszuführen.

Hughes spricht im Namen Amerikas.

New York, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Erklärungen des Staatssekretärs Hughes in London über die Haltung Amerikas gegenüber Europa und über die Abrüstungsfrage sind von dem Präsidenten Coolidge als die Kennzeichnung des Standpunktes der Vereinigten Staaten gebilligt worden.

Die Pariser Faurès-Feyer.

Löbe vertritt die deutsche Sozialdemokratie.

Am 31. Juli wird im Pariser Trocadero eine große internationale Ehrung des am 31. Juli 1914 ermordeten Jean Faurès stattfinden. Unsere französischen Genossen haben den Genossen Paul Löbe eingeladen, im Rahmen der Veranstaltung zu sprechen. Löbe hat die Einladung angenommen.

Gesandtschaften beim Völkerbund.

Genf, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die brasilianische Regierung hat beim Völkerbund eine ständige Vertretung mit dem Range einer Gesandtschaft geschaffen. Da die offiziellen Vertretungen der anderen Länder beim Völkerbund keinen diplomatischen Charakter tragen, wird mit dieser Entsendung eines Gesandten ein bedeutungsvoller Präzedenzfall geschaffen, der in den Reihen des Völkerbundes mit lebhafter Genugtuung verzeichnet werden wird.

Die Kommission des Völkerbundes zum Schutze des geistigen Eigentums hat einen Entwurf ausgearbeitet, der einen besseren Schutz derjenigen Gelehrten vorsieht, deren wissenschaftliche Entdeckungen zu gewinnreichen Unternehmungen in der Industrie geführt haben.

Saarknechtung wie je zuvor.

Aufschlag auf die Gemeindefeldverwaltung.

Saarbrücken, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Stadtverordnetenversammlung Saarbückens hat einstimmig gegen einen neuen Droßelungsversuch an dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde Stellung genommen. Der französische Präsident der Regierungskommission hatte verfügt, daß die Stadt mit einem Aufschlag von 25 Proz. auf den Haushalt des Jahres 1913 auszukommen habe, und daß er höhere Steuerumlagen nicht genehmigen werde. In einer Entschliessung bezeichnen die Stadtverordneten diese Maßnahme des Präsidenten als ein Verstoß auf das der Stadt gesetzlich gewährleistete Recht der Staatshoheit und der Selbstverwaltung. Die Stadtverordneten hielten an ihren Beschlüssen über die Festsetzung des Haushaltsplanes für 1924 fest.

Das umgekehrte Zubern.

Saarbrücken, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Französisches Militär hat sich in Saarlouis schwere Ausschreitungen zu schulden kommen lassen. 15 französische Soldaten verschafften sich abends gegen 9 Uhr in betrunkenem Zustande Eintritt in eine Wirtschaft und zwangen den Wirt zur Verabreichung von Bier. Dann mißhandelten sie den Keller, dem sie die Zehne schuldig blieben und erzwangen sich mit der Waffe den Eintritt in den Tanzsaal. Hier kam es zu einem Tumult, bei dem der Wirt drei Schredschüsse abgab. Vor dem Lokal kam es zu Tätlichkeiten, wobei die Zivilisten die Soldaten entwaffneten. Einer der Soldaten erhielt auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise einen Kopfschuß und mußte ins Garnisonlazarett gebracht werden.

Matteotti in den Tiber geworfen?

Auch ein Mordzeuge beseitigt?

Wie die „Raffiche“ aus Rom meldet, ist einer Meldung des Reapeler „Mattino“ zufolge der Leichnam Matteottis von seinen Mördern in einen See geworfen und mit Steinen beschwert in den Tiber geschleudert worden. Ein Polizist aus Lodi hat vor dem Untersuchungsrichter Aufschluß gegeben über den sechsten Täter, den Chauffeur Panzeri, der seit dem Mordtode abgängig ist. Panzeri soll während des Handgemenges im Auto von den Glasplättern des Fensters, das Matteotti mit seinem Fuß in Trümmer schlug, derart schwer verletzt worden sein, daß seine Komplizen es für gut hielten, diesen Zeugen, auf den wegen seiner Verletzungen kein Verlaß war, beseitigt zu schaffen. Nach einer anderen Version ist Panzeri von seinen Mordkameraden deshalb beseitigt worden, weil er sich der Ermordung Matteottis widersetzen wollte. Auf jeden Fall bleibt das Verschwinden dieses sechsten Komplizen noch immer in tiefem Dunkel gehüllt.

Regierungswechsel in Norwegen.

Infolge der Alkoholfrage.

Oslo, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die norwegische zweite Kammer folgte Mittwoch dem Beschluß der ersten Kammer und lehnte die von der Regierung vorgeschlagene Aufhebung des Alkoholverbotes mit 20 gegen 18 Stimmen ab. Die Reichsregierung ist auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses sofort zurückgetreten. Die Nachfolgerschaft übernehmen die „Venstre“, die Linken. Die norwegischen Arbeiterparteien stehen diesem Minderheitskabinett mit äußerster Zurückhaltung gegenüber, zumal sie annehmen, daß die neue Regierung den sozialreaktionären Kurs des zurückgetretenen Kabinetts fortsetzen wird.

Die Kämpfe um Sao Paulo werden mit aller Heftigkeit fortgesetzt. Bis jetzt sollen bereits 8000 Zivilpersonen getötet worden sein. Die Regierungstruppen machen große Anstrengungen, die Stadt Sao Paulo den Revolutionären zu entreißen.

Gewerkschaftsbewegung

Vorbereitung der Volksabstimmung.

Die Achtstundentagaktion.

Der Bundesausschuss des ADGB. beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung am 22. Juli mit den gegenwärtigen Kämpfen um den Achtstundentag und mit der Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Antindignationen der Regierungen in England, Frankreich und Belgien, daß sie ihrem Parlament jetzt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens empfehlen wollen, forderte der Bundesausschuss die dem Deutschen Reichstag angehörenden Gewerkschaftsvertreter auf, durch einen entsprechenden Antrag im Reichstag die Regierung zu veranlassen, einen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen, dessen Annahme und Durchführung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in angemessener Frist auch in Deutschland ermöglicht.

Der Bundesausschuss nahm gleichzeitig den Bericht der zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über den Achtstundentag eingesetzten Kommission entgegen und verwies ihre Vorschläge zunächst an die Vorstände der einzelnen Verbände zur beschleunigten Stellungnahme. Die Verbände sollen insbesondere über die Aufwendung der Geldmittel, die zur Propaganda für die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse herbeiführen. Der Bundesausschuss sprach sich dahin aus, daß der Mindestbeitrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propagandafonds 50 Pf. betragen muß. Jeder Verband soll die hiernach bei ihm einlaufenden Summen vom 1. November d. J. ab verfügbar halten.

Die Vorstände der Verbände sollen über ihre Entscheidung rechtzeitig an den Bundesvorstand berichten, damit einer späteren Sitzung des Bundesausschusses das Ergebnis vorgelegt werden kann. Der Bundesausschuss erwartet zugleich, daß bis dahin auch das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorliegt und die angekündigte Ratifizierung in England, Frankreich und Belgien erfolgt oder doch so weit vorbereitet ist, daß auf ihre tatsächliche Durchführung gerechnet werden kann.

Hände weg von den Arbeitsgerichten!

Drei bürgerliche Fraktionen des Reichstags haben Anträge auf Schaffung von Arbeitsgerichten gestellt, die eine große Gefahr für die Rechtsprechung in Arbeitsstreitigkeiten einschließen. Die geltenden Arbeitsgerichte leiden an der Begrenztheit ihrer Zuständigkeit, die weite Schichten, wie die Landarbeiter, die Hausangestellten und den größten Teil der geistigen Arbeiter ausschließen. Die Schaffung allgemeiner Arbeitsgerichte ist daher eine dringende Notwendigkeit und von der Sozialdemokratie schon längst, z. B. durch einen Antrag in der Session von 1912, gefordert worden. Darüber ließe sich also rasch ein Einvernehmen zustande bringen.

Aber die bürgerlichen Anträge verfolgen eine Reihe Sonderzwecke. Sie stellen Forderungen, deren Annahme geeignet wäre, der Masse der Arbeitnehmer die neue Einrichtung grobenteils zu entwerfen, und die gegenüber den bestehenden Arbeitsgerichten einen höchst bedenklichen Rückschritt bedeuten.

Man beachte: Die Arbeitsgerichte sind losgelöst von der Justiz und stehen in Verbindung mit der Gemeindeverwaltung. Ihr Vorsitzender braucht nicht Jurist zu sein. Ihre Beisitzer werden von den Gruppen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer frei gewählt. Das Auftreten von Anwälten ist verboten. Die Berufung ist eng beschränkt. Sie sind durch ihre Beauftragung mit Schlichtungs- und Gutachtenamtigkeit eng mit dem Gang des sozialen Lebens verbunden. Ein Mangel ist das Fehlen einer obersten Reichsinstanz, was eine einheitliche Rechtsprechung verhindert, und die Verweigerung der Berufung an die Landgerichte ohne gewählte Beisitzer.

Diesen beiden Mängeln suchte der Entwurf eines Reichsarbeitsgesetzes vom 6. Juni 1923, der dem Reichsrat und dem Vorl. Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt hat, abzuhelfen. Er verdrängte damit aber eine Reihe von Juristen vertretenen Forderungen, die von der Arbeiterschaft mit Recht scharf abgelehnt werden: Anpassung (wenngleich zunächst noch nicht Angliederung) an die Amts- und Landgerichte; Richter als Vorsitzende (mit unwesentlichen Ausnahmen); Bestellung der Beisitzer durch die Bezirkswirtschaftsräte und in deren Ermangelung durch die Landessozialverwaltung; Zulassung von Rechtsanwältinnen.

Der Entwurf wurde nicht erledigt. Jetzt greift ein Antrag Fehrenbach u. Gen. auf ihn zurück. Er fordert die Vorlegung eines Arbeitsgerichtsgesetzes auf der Grundlage des erwähnten Entwurfs unter Berücksichtigung der darüber geführten Verhandlungen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats.

Diese Berücksichtigung wird freilich schwer möglich sein, da der Ausschuss den Entwurf überhaupt nicht durchberaten und der von ihm eingesetzte Arbeitsausschuss ihn nur zum kleinsten Teil in erster

Besung behandelt hatte, als die Regierung ihn zurückzog. Er wird also offenbar in allen wesentlichen Punkten zum Zentrum aufgenommen. Noch schärfer ist der Vorstoß der Volkspartei und der Deutschnationalen. Sie fordern übereinstimmend die Angliederung an die ordentlichen Gerichte, den berufsrichterlichen Vorsitz und schweigen sich beide aus über die Art, in der die Beisitzer aus dem Arbeitnehmer- und Arbeitgeberstande bestellt werden sollen. Wenn sie die Beibehaltung der geltenden unmittelbaren Wahl nach Verhältnisystem wollten, würden sie es wohl sagen.

Man sieht, der Bürgerblock ist auch auf diesem wichtigen, für die Lebensfrage von Millionen Arbeitnehmern aller Art entscheidenden Gebiet an der Arbeit. Diesmal soll der Rückschritt nicht nur Errungenschaften der Revolution hinwegfegen, sondern zum Teil hinter das Gewerkschaftsrechtsgesetz von 1890 zurückgehen. Aber die Herrschaften lassen da ein heißes Eisen an. Die Arbeiterschaft in ihrer großen Masse, die mit unserer „ordentlichen“ Justiz ihre Erfahrungen, nicht nur auf strafrechtlichen Gebiet gemacht hat, lehnt alles, was die Arbeitsrechtsprechung ihr anschieben oder in irgendwie verdeckter Form „anpassen“ will, aufs entschiedenste ab. Sie wehrt sich gegen die Loslösung von den Gemeindeverwaltungen, in denen doch vielfach mehr soziales Verständnis und Sinn für Fortschritt der Rechtsprechung vorhanden ist, als bei der überwiegenden Mehrzahl der Justizverwaltungen und Gerichte — gegen den Ausschluß nichtrichterlicher Vorsitzender — gegen die Befestigung der unmittelbaren Wahl der Beisitzer — gegen die Zulassung der Anwälte mit ihren Folgen der Verschleppung des Verfahrens und der Begünstigung der Arbeitgeber, die sich in der Regel allein den Anwalt leisten können. Auch die Gefahr unzulässiger Ausdehnung der Berufung muß entschieden abgewehrt werden.

Her mit umfassenden, einheitlich organisierten Arbeitsgerichten! — Weg mit jedem Versuch, die einzige volkstümliche Rechtsprechung, die wir heute haben, in die Hände der Berufsrichter und der Justizverwaltungen zu spielen!

Tendenziöse Nachrichten über Betriebsstillegungen. Keine Betriebseinschränkung bei den höchsten Farbwerken.

Köln, 23. Juli (Mtb.). Die Gerüchte, die in den letzten Tagen umliefen, daß die Farbwerke in Höchst wegen Unrentabilität 4000 Arbeiter entlassen und die Löhne der übrigen herabsetzen müßten, entsprechen nach einer Frankfurter Meldung der „Kölnischen Zeitung“ nicht den Tatsachen. Man rechnet im Gegenteil mit einem Aufschwung der Farbenindustrie infolge des bevorstehenden Abschlusses der Verhandlungen mit England.

Die Nachricht, die auch wir erhalten haben, sprach sogar von einer völligen Stillegung, und zwar nicht in Form eines Betriebs, sondern als handle es sich um eine bereits vollzogene Tatsache. Technische Nachrichten, die gleichfalls sehr oft als unrichtig dementiert werden, schirmen jetzt sehr zahlreich durch die Presse. Es handelt sich bei diesen Nachrichten ganz offenbar um ein System. Man will die gemißprekäre Wirtschaftslage noch ungünstiger darstellen, als sie es ohnehin ist. Man verfolgt dabei offenbar den doppelten Zweck, die Arbeitnehmer einzuschüchtern und auf die Regierung einen Druck auszuüben. Gegenüber dieser Stimmungsmache ist doppeltes Mißtrauen am Platz.

Wachsende Arbeitslosigkeit im Industriegebiet.

Bodum, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten Tagen mehren sich die Meldungen über Betriebsstillegungen und Einlegung von Feierschichten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Am 1. Juni 1924 waren in Rheinland-Westfalen als erwerbslos gemeldet 208 258 Personen, am 1. Juli waren es bereits 240 276. In den Juliwochen zeigt sich die Tendenz einer noch viel größeren Steigerung. Gegenwärtig dürfte die Gesamtzahl der Arbeitslosen für Rheinland-Westfalen 310 000 überschreiten. Am trostlosesten sind die Verhältnisse im südl. Randgebiet des Ruhrreviers. Hier haben verschiedene Zechen im Verlauf von 14 Tagen 5—6 Feierschichten eingelegt. Auch im übrigen Ruhrgebiet haben eine Anzahl Zechen wiederholt feiern müssen. Am 21. Juli logen 21 Zechen mit 34 189 Belegschaftsmitgliedern still, am 22. Juli 19 Zechen mit 35 284 Arbeitern. Diese Stillegungen haben natürlich ihre Auswirkungen auf die Metallindustrie. Zahlreiche größere Metallwerke haben bereits Feierschichten eingelegt. In vielen Betrieben wurden zum 31. Juli große Teile der Belegschaft gekündigt. Zahlreiche Bergwerke und Hütten sind in ihrer Existenz bedroht, große Teile der Arbeiterschaft stehen dem Nichts gegenüber. Im Roteisensteinbergbau des Sahn- und Dilltales arbeitet die Mehrzahl der Gruben nicht. Der Erzverwand ruht fast vollständig. Obwohl vor Monatsfrist eine leichte Besserung zu erzielen war, tritt doch eine neue Erschütterung der Lage ein. Die „Bergwerkszeitung“ schreibt dazu:

„In letzter Zeit bieten sich Arbeitskräfte an, die bereit sind, unter den tariflichen Lohnsätzen zu arbeiten, stellenweise mehr als für die Wiederaufnahme der Betriebe notwendig sind.“

Wenn man bedenkt, daß die Bergarbeiterlöhne den Kosten der Lebenshaltung noch lange nicht angepaßt sind, so kann man daraus erkennen, welche Gefahr für das Kulturniveau der Arbeiterschaft vorliegt.

Nach Meldungen aus Münster hat sich auch dort die Lage des Arbeitsmarktes vom 13. bis 19. Juli weiter verschlechtert. Be-

sonders kennzeichnend sind die neuen umfangreichen Stilllegungen und die erhebliche Zunahme der Kurzarbeit. Kapitalnot und Abgangmangel werden nach wie vor als Hauptgrund dieser rückläufigen Bewegung angegeben. Die Lage auf dem bergbaulichen Arbeitsmarkt hat gegenüber der Vorwoche eine erhebliche Verschlechterung erfahren und hängt an, sich kritisch zu gestalten. Die bisher bei einzelnen Zechen vorhandene Aufnahmefähigkeit für bergbauliche Arbeitskräfte geht allmählich zur Neige. Dazu kommt die Unmöglichkeit eines zwischenörtlichen Ausgleiches von Angebot und Nachfrage für Bergarbeiter. Die Herabsetzung der Kohlenpreise hat dem Absatz nicht den erhofften Aufschwung gebracht.

Auch im Spinnstoffgewerbe hat die Zahl der Beschäftigten erheblich nachgelassen, ebenso im Tabakgewerbe. Bedarf an Bauarbeitern beschränkt sich nur noch vereinzelt. In den meisten Bezirken herrscht bereits ein Ueberangebot. In der Landwirtschaft wurden für die beginnende Ernte neuen Knechten auch Mägde angefordert; das Angebot an gelerntem Mägden war unzureichend.

Zur Delegiertenwahl der Buchdrucker.

Wie wir in unserer gestrigen Morgennummer bereits mitgeteilt haben, sind bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag der Buchdrucker von den 36 aufgestellten Kandidaten die 24 Mitglieder gewählt worden, die von der Amsterdamer Fraktion der Buchdrucker in Vorschlag gebracht waren. Dieses Resultat war mit einiger Gemühtheit vorauszusetzen.

Die Kommunisten hatten trotz aller Anstrengungen es nicht vermocht, die nötige Stimmenzahl aufzubringen, um eigene Kandidaten die Vorschlagsliste setzen zu können. Sie haben darüber ein großes Gefasels angestellt und von „Vergewaltigung“ geredet. Derartige Redensarten stehen den Kommunisten besonders gut an. Wo sie in der Mehrheit sind, nützen sie ihre Macht ganz rücksichtslos aus. Das Recht der Minderheit auf Vertretung haben sie ihren Gegnern immer noch aberkannt. Was insbesondere die Buchdrucker betrifft, so sei nur daran erinnert, daß die Kommunisten in dem einzigen Bezirk von Groß-Berlin, dem Bezirk 4, in dem sie die Mehrheit haben, der Minderheit immer das Recht auf Vertretung in der Generalversammlung verweigerten. Sie haben dabei auf die Wahlordnung des Verbandes hingewiesen und sich stets geweigert, die erforderliche Stimmenzahl herabzusetzen. Sie haben also kein Recht für sich in Anspruch zu nehmen, was sie anderen nicht zubilligen.

Der Ausgang der Wahl ist aber noch besonders deshalb erfreulich, weil durch sie zahlenmäßig die Schwäche der kommunistischen „Opposition“ festgestellt ist. Die Kommunisten haben die Parole ausgegeben, auf den Stimmzetteln sämtliche Namen zu streichen und durch Abgabe dieser ungünstigen Stimmzettel zu demonstrieren. Die Kommunisten, die noch bei der letzten Delegiertenwahl zur Generalversammlung des Bundes Berlin sich und anderen einredeten, sie würden die Mehrheit erringen, haben von den Mitgliedern eine Absicht erhalten, die nicht deutlicher sein kann. Es sind abgegeben worden 8704 Stimmen; davon ungünstige Stimmen 1439. Von diesen sind jedoch 227 abzuziehen, die ungünstig waren, weil sie mehr als 24 Namen enthielten. Der kommunistischen Parole durch Streichung der Namen sind also 1212 Buchdrucker gefolgt, das sind genau 15 Proz. der abgegebenen Stimmen. Für eine „Massenpartei“, die uns „vernichten“ will, eine wenig imponierende Zahl.

Zehnstundentag in Ost-Oberschlesien.

Kattowitz, 23. Juli. Das Abkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in Polnisch-Oberschlesien bestimmt, daß die bisherigen Löhne aufrecht erhalten werden sollen. Die Arbeitszeit in den Hüttenwerken beträgt acht Stunden, in den übrigen Betrieben zehn Stunden.

Kampf um den Achtstundentag in Ost-Oberschlesien.

Königshütte, 23. Juli. Gestern mittag sind sämtliche ost-oberschlesische Zink- und Eisenhütten stillgelegt worden, da die Belegschaften entgegen der Regierungsverordnung nur acht Stunden Arbeit leisteten. Mit Rücksicht auf die Demonstrationen, die vor den Werken stattfinden, sind starke Polizeikräfte aufgebunden worden. Heute finden wiederum in ganz Ost-Oberschlesien Belegschaftsversammlungen statt, in denen zur Lage Stellung genommen werden soll.

Für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens. Der Gewerkschaftsring veranstaltet am Freitagabend eine öffentliche Kundgebung über Achtstundentag und Washingtoner Abkommen, in der Erlelung und Vemmer sprechen werden.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 24. Juli, abends 7 1/2 Uhr:

Friedenau. Bei Albe, Sandbierstr. 60/61. Vortrag: Entschlung des Handels. — Schladdebrunn. Schule, Bolanderstr. 2. Diskussion: Die politische Lage. — Kattowitz. Schule, Vuhler Str. 3. Vortrag: Gibt es einen Gott? — Schanauer Vorstadt. Schule, Jöhnerstr. 17. Vortrag: Arbeitslosenpflicht. — Südwest. Jogh. Lindenstr. 3. Vortrag: G. A. J. und Kino. — Bredeberg Obersee. Kreis-Rustabend, Jogh. Niederhühneweide, Berliner Straße.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Solernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schilowski; Votales und Sonstiges: Walter Krajan; Anzeigen: Th. Gled; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornwärd-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornwärd-Verlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3. Hierzu eine Beilage und „Frauenstimme“.

SERIEN-VERKAUF

Jackett-Anzüge

Serie	Mark
Serie I aus dunkel gemustertem Buckskin	18,—
II aus farbigen Homespun- und Grätenstoffen	24,—
III aus hell gemusterten Cheviotstoffen	32,—
IV aus grauen kammgarnartigen Stoffen, modern verarbeitet	42,—
V aus hell gemust. Cheviotstoffen, gute Verarbeitung, mod. Formen	66,— 50,—

Sport- und Touristen-Anzüge

Serie I Sport-Joppe mit langer Hose, aus kariert. u. baumw. Gabardinestoffen	17,50
II Sport-Joppe aus grün. Lodenst., Joppe m. Revers, Gürtel u. Breecheshose	30,—
III Sport-Joppe aus grauen gem. Stoffen, 3teil., flotte Sportform m. Breeches	34,—
IV Manchester-Anzug, offene Form, Breecheshose in grau und braun	39,—
V 4teilliger Sport-Anzug m. Breeches und langer Hose aus Homespunstoffen	52,—

Knaben- u. Jünglingsanzüge, Reise-Ulster, Lodenmäntel, Leder- u. Chauffeurbekleidung

in sehr großer Auswahl, zu sehr billigen Preisen, fertig am Lager

Sportwesten für Damen und Herren, in schönen Farben von M. 6,90 an

Maßbekleidung in hervorragender Ausführung sehr preiswert

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge gegen Vorauszahlung der Reträge zuzügl. 1.— M. 10% Porto u. Verpackung od. gegen Nachnahme

Baer Sohn

Eigene Kleiderwerke

Chausseestraße 29-30

In allen Waren sind auch Qualitäten höherer Preislagen vorrätig

Feinde unserer Wälder.

Ungeheuerlich ist die Schar der Insekten auf der Erde, beziffert man doch die Zahl der bisher bekannten, d. h. von der Forschung beschriebenen und mit Namen belegten Arten allein auf etwa 300 000 und schätzt die noch nicht bekannten auf viele weitere hunderttausende. Verschwindend wenige nur bringen, wie die Biene, dem Menschen direkten Nutzen, eine recht stattliche Zahl nützt ihm indirekt durch Bekämpfung von Schädlingen aus dem eigenen, dem Insektenreiche, die große Mehrzahl nützt ihm nicht, schadet ihm aber auch wenigstens nicht, aber der immerhin noch gewaltige Rest wird ihm entweder direkt lästlich — Mücken, Fliegen, Wanzen usw. — oder seinen Kulturen schädlich. Alle „Ordnungen“: Käfer, und Schmetterlinge, Wespen und Ameisen, Heuschrecken und wie sie sonst noch alle heißen mögen, stellen ihre Vertreter in den Dienst des Zerstörungswerkes. In der Minderezahl ist es außer seiner Larve auch das „fertige“ Insekt, das imago, das, wie z. B. der „Malkäfer“, durch seinen Fraß unseren Bäumen bzw. unseren Pflanzen schadet, die mehr oder weniger die Larven, die aus dem Ei schlüpfende erste Zwischenform, die, soweit sie zu den Phytophagen, d. i. den Pflanzenfressern, gehören, durch ihre oft ungeheure Anzahl und ihre unerhörte Gefräßigkeit Zerstörungen in Gärten, Wald und Flur anrichtet.

„Die Kiefernverderbende“.

In den folgenden Zeilen wollen wir uns nur mit einigen Vertretern der Ordnung der Lepidoptera, der Schmetterlinge, beschäftigen, die die im allgemeinen bekanntesten und größten Schädlinge stellen, und das auch nur, soweit sie unseren Nadelholzforsten, die hier in der Mark fast ausschließlich von der Kiefer oder Föhre bepflanzt sind, gefährlich werden. Wohlgerichtet: nicht ein Schmetterling schadet als solcher, als fertiges Imago, alle, ohne Ausnahme, haben laugende Mundteile, Rüssel, die sie wohl befähigen, Honig aus Pflanzen zu naschen, nie aber solche oder, wie etwa unsere Pflanz- oder Kleidermotten, Pelze oder Wollstoffe zu zerstören. Das besorgen dafür leider um so gründlicher ihre Larven, hier Raupen genannt. Dem Laien, vorzüglich dem Großstädter, sind, wenn er sich überhaupt um das „Ungeziefer“ kümmert, meist nur wenige Raupen, sei es vom Sehen, sei es dem Namen nach, bekannt. Aber auch mancher, der sich sonst nicht um diese Dinge kümmert, dürfte, als er in den letzten Tagen die Verwüstungen, die die Raupe der Forsteule (*Panolis pini-perda*, auch *Panolis griseovariegata*) in den Kiefernwäldern der näheren Umgebung Berlins anrichtet, las, der Name dieses Schmetterlings völlig neu gewesen sein. Und doch handelt es sich um ein dem Entomologen (Insektenforscher) und dem Forstmann wohl bekanntes und von letzterem mit Recht gefürchtetstes Mitglied dieser Insektenordnung. Schon der Name *pini-perda* — die Kiefernverderbende — sagt genug. Und als solche ist die Raupe dieses Schmetterlings nach Brehm schon im Jahre 1725, dann in den 80er Jahren desselben Jahrhunderts, dann 1808 und 1815 in den sächsischen und fränkischen Kiefernwäldern, 1815, dann wiederum 1866 bis 1869 auch in Ostpreußen, dann in den 30er Jahren in Pommern, Mecklenburg, Uckermark und um Berlin, in den 50er Jahren in Preußen, Posen und wiederum in unserer Mark verheerend aufgetreten. 1867 fiel in ihr allein in der Mainebene 15 000 Morgen, 1829 in Mecklenburg 100 Hektar, 1887 bei Bunzlau 825 Hektar zum Opfer. Was in diesem Jahre die Forsteule anrichtet, kann im nächsten Jahre die Raupe eines anderen Schmetterlings in unseren Nadelwäldern leisten. Ich denke da in erster Linie an die Nonne (*Lasioampa monacha*). Beim Lesen des Namens „Nonne“ horcht auch die Mehrzahl der Laien auf, mit Recht ist sie überall, wo Nadelholzwälder sich erstrecken, gehäßt und gefürchtet, denn Umheimliches hat die Raupe dieses Schmetterlings an Verwüstungen in solchen schon geleistet. Brehm berichtet, daß am 29. Juli 1853 im Rotheburger Forst im damaligen Königreich Sachsen der Schmetterling in wolkenartigen Massen erschienen sei und in wenigen Stunden sich über die angrenzenden Reviere verbreitet habe. Im Walde sei es gewesen „als im argsten Schneegestöber, so daß die Bäume von der Masse der Schmetterlinge wie belagert ausgesehen hätten“. Trotz der energischsten Maßregeln — an Eiern allein, von denen etwa 15 000 auf ein Lot gehen, wurden vom August 1853 bis Mai 1854 300 Pfund, an weiblichen Schmetterlingen 1½ Millionen Stück gesammelt und unendliche Massen von Raupen getötet — wurden 1854 etwa 800 Morgen Fichtenbestand und ungeachtet aller weiteren zweifelhafte Anstrengungen bis zum Jahre 1882 in diesem Reviere allein 32 831 Morgen Wald vernichtet. Dies nur ein Beispiel für leider gar viele.

Kiefernspinner.

Kiefernspinner (*Dendrolimus pini*) und **Kiefernprozessionsspinner** (*Thaumetopoea pinivora*) haben sich, wenn auch nicht in dem erschreckenden Maße wie Forsteule und Nonne, auch schon häufig genug als Schädlinge unserer Kiefernwälder in mehr wie unliebsamer Weise hervorgehoben. So wurden — wiederum nach Brehm — im Jahre 1869 von Eirna des Kiefernspinners im Reviere Mölsitz bei Wurzen ca. 1½ Zentner Eier, 64 Scheffel weiblicher Schmetterlinge und 124 Scheffel Raupen gesammelt, ohne den Feind bewältigen zu können. Die Raupen des Kiefern-, wie übrigens auch die des Eichen-



1. Nonne. 2. Kiefernspinner. 3. Prozessionsspinner. 4. Tropfspinner.

prozessionspinners (*Thaumetopoea processionea*), letzterer z. B. in unserem Tiergarten in manchen Jahren außerordentlich häufig und dennoch schädlich, werden übrigens auch dem Menschen direkt oft überaus lästig, unter Umständen sogar gefährlich. Ihre äußerst spitzen, jedes zudem noch mit mikroskopisch kleinen Spigen bewaffneten und stark ameisensäurehaltigen, leicht abbrechenden Haare bleiben beim Kriechen der Tiere über die nicht von der Kleidung geschützten Körperteile vornehmlich dem Nacken, in diesen stecken und bringen dort ein äußerst heftiges Brennen und Jucken, bei sehr empfindlichen Personen unter Umständen heftige Entzündungen hervor. Im Walde werden sie aus dem Gespinnste der Raupen durch die Luft oft auf das Essen der Waldarbeiter und auf das Gras, das vom Vieh abgemäht wird, in Massen verstreut und gelangen so in das Innere des Körpers, woraus die bedenklichsten Entzündungen der Schleimhäute entstehen, ja der Tod herbeigeführt werden kann. Ein weiterer, unter Umständen sich durch den Fraß seiner Raupen recht unliebsam bemerkbar machender Schmetterling ist der Kiefernspanner (*Bupalus piniarius*), doch ist sein Schuldkonto nicht mit dem seiner, ihn ja auch an Größe weit übertreffenden vorgenannten Arten zu vergleichen.

Zwei Kleinschmetterlinge.

Zum Schlusse sei noch zweier Kleinschmetterlinge zur Familie der Wickler (*Tortricinae*) gedacht, die trotz ihrer Kleinheit doch recht ansehnlichen Schaden anzurichten vermögen: des Kiefern-gallenwicklers (*Retina resinella*) und des Kieferntriebwicklers (*Retina buoliana*), dessen Raupen nicht die Nadeln der von ihm befallenen Bäume fressen, sondern in deren jungen Trieben haften, sich also vom jungen Holze nähren. Wer aufmerksamem Auges durch jüngeres Stangenholz geht, wird oft genug Büumchen sehen, deren gerader Wuchs plötzlich eine feistliche Krümmung macht, um dann wieder krümmengerade weiterzuwachsen. Diese Verunstaltung ist das Werk der Raupe des Kieferntriebwicklers.

Außer den in vorstehenden Zeilen genannten Schädlingen aus dem Reiche der Schmetterlinge gibt es deren noch manch anderen, doch würde die Aufzählung aller zu weit führen.

Eines aber sei zum Schlusse noch bemerkt: ein Laubbaum, und sei er auch seiner Blätter bis auf das letzte beraubt, geht durch den Raupenfraß nicht ein, er schlägt meist noch im Spätsommer, sicher aber im kommenden Frühjahr von neuem aus — der Nadelbaum ist weit empfindlicher. Unter günstigen Umständen treibt auch er nach einmaliger Entlaubung von neuem Nadeln, werden aber auch diese im nächsten Sommer von neuem heruntergefressen, so ist er fast immer verloren. Und diese Gefahr besteht wie immer, so auch diesmal in unseren von der Forsteule befallenen Wäldern. Trotz aller von der Forstverwaltung angewandten Mittel, trotz ihrer Dezimierung durch tierische und pflanzliche (Spaltpilze) Feinde gelangen meist noch ungezählte Scharen von Raupen zur Verpuppung und der anschließende Schmetterling sorgt für ausreichende Nachkommenschaft — ausreichend zur Fortsetzung und oft genug Vollendung des Zerstörungswerkes.

Jugendgericht und Öffentlichkeit.

Zum zweitenmal steht in diesem Jahre die Öffentlichkeit vor dem Problem Berichterstattung und Jugendgericht. Das erstemal war es beim Fall des Gymnasialen S., der die kleine Portierochter Borkowski getötet hat; und eben wieder bei der Gerichtsverhandlung gegen die beiden Brüder P., die ihre Stiefmutter ermordet haben. Jetzt wie damals sind die Berichte in der Presse erschienen. Das Zustandekommen dieser Berichte und ihr Inhalt machen aber das bekannte Problem aktuell.

Das Jugendgerichtsgesetz vom 15. Februar 1923 erklärt im § 23 die Verhandlung vor dem erkennenden Gericht, einschließlich der Verkündung der Entscheidung, für nicht öffentlich. Nur bestimmte Gruppen von Erwachsenen ist der Zutritt zur Verhandlung gestattet. Dem Ermessen des Jugendrichters ist es anheimgestellt, Vertreter der Presse zuzulassen. Der Sinn dieses Gesetzesparagrafen liegt auf der Hand. Die Aufgabe des Jugendgerichts ist, Erziehungsmaßregeln gegen den jugendlichen Übeltäter zu treffen. Selbst die Gerichtsverhandlung bildet einen Bestandteil dieser Erziehungsmaßregeln; sie soll für den Jugendlichen ein Erlebnis sein, die Einwirkung des Jugendrichters auf ihn soll bleibenden Wert haben. Jedes an dem Jugendlichen gerichtete Wort zielt auf diesen erzieherischen Zweck hin, auch die Begründung des Urteils hat nur dieses allein im Auge. Durch Ausschluß der Öffentlichkeit soll eine innere Befangenheit des Jugendlichen vermieden werden und die Verhandlung selbst einen inoffiziellen Charakter erhalten. Der Jugendliche soll durch Presseberichterstattung nicht bloßgestellt, an seinem weiteren Fortkommen nicht behindert, sein Schamgefühl nicht unnötig verletzt werden.

Er soll sich auch durch Erwähnung seines Namens in den Zeitungen nicht als bewundertes Held fühlen dürfen. Eine falsche Darstellung des Falles kann unter Umständen den Zweck der pädagogischen Einwirkung der Gerichtsverhandlung und der weiteren Maßregel durchkreuzen und zunichte machen. Der Ausschluß der Öffentlichkeit ist somit mehr als berechtigt. Nun gibt es aber Fälle, in denen die Veröffentlichung unvermeidlich erscheint. So ist bei schweren Verbrechen die Kriminalpolizei auf die Hilfe des Publikums angewiesen. Zwecks Aufklärung der Tat kann ihre Veröffentlichung in der Presse notwendig sein. Nach Feststellung des Täters wird dann in der Regel auch sein Name bekanntgegeben. So entsteht die erste Frage: Ist es mit der Idee des Jugendgerichts vereinbar, daß der Name des Jugendlichen unter 18 Jahren auch dann genannt wird, wenn es kriminaltechnisch nicht erforderlich ist? Jedes schwere Verbrechen ruft eine gewisse Beunruhigung in der Bevölkerung hervor. Inwiefern ist das Interesse, das die Bevölkerung an dem Verlauf der Gerichtsverhandlung und an deren Ergebnis hat, leicht verständlich. Aber auch hier erscheint die Namensnennung unter Umständen überflüssig. Noch mehr beim Jugendgericht. Auch hier gibt es allerdings Fälle, die dazu angetan sind, die Öffentlichkeit auf schwerste zu beunruhigen. So lagen die Dinge bei der Tötung der kleinen Borkowski. Die Bevölkerung konnte ein reges Interesse am Verlauf der Sache haben. Trotzdem wäre es vielleicht doch richtiger gewesen, wenn der Name des Schuldigen nicht genannt worden wäre. Die Pressevertreter waren nicht zugelassen, die Berichte der Zeitungen wichen daher wesentlich voneinander ab. Das Urteil schien unverständlich, weil seine Begründung eben nicht gegeben werden konnte. Als dann dieselbe Sache vor die Berufungsinstanz kam, verlor der § 23 plötzlich seine Wirkung, der Fall des jungen Menschen wurde in breiter Presseöffentlichkeit verhandelt, und seine Darstellung war mehr als geeignet, den letzten Rest des Selbstvertrauens des Beurteilten zu zerstören. Allerdings war ja auch die Begründung des Urteils durch den Vorsitzenden selbst alles andere

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahka.

Es erschien ihm zudem ganz unwahrscheinlich, daß man ihn einerkern oder aufhängen würde. Je weiter er in die schöne Welt, in das Leben hineinkam, um so mehr Wege, Tore, Möglichkeiten sah er. Im Grunde war er ganz und gar begierig auf Rom. Er träumte nachts davon. Leider kam er in der Nacht dort an, und Nacht war es auch in dem dumpfen Steinkammerchen, das man ihm zuwies. Die Menschen hingegen schienen sehr freundlich zu sein, abgesehen von den Uniformierten. Gleich am ersten Tage kam ein gewisser Fratelli, der ihn zunächst betrachtete, als sei er ein seltener Käfer, dann fragte er ihn in der umständlichsten Weise aus, schließlich zog er aus allen Taschen Lederbissen hervor. Vor allem schien sich der runde Mann herrlich zu amüsieren. Auch die Uniformierten lachten, als er davonging. Später erzählte man ihm, es sei der Käufer der Venus gewesen. Nun, der hatte allen Grund zu lachen und freundlich zu sein. Aber die andern! Menschen kamen und besuchten ihn, denen man es ansah, daß sie auf vergoldeten Stühlen saßen. Auch sie fragten, doch nur ziemlich farg, denn der Uniformierte erhob abwehrend seine Hand, wenn es ihm zu viel schien. Eines aber ging aus allem hervor: sie konnten seine Venus. Es freute ihn, doch es machte ihn auch ungeduldig und grimmig. Er wollte sie sehen, er selbst! Das wenigstens sollte man ihm gewähren. Er fragte eindringlich danach. „Du wirst sie früh genug sehen“, sagte eines Tages sein Wärter mit düsterer Miene. Nun wußte Renzo: das war der Gerichtstag. Es war merkwürdig genug, daß er nicht vernommen wurde. Zwar besuchte ihn mehrere Male ein alter, recht an-

genehmer Herr, dem er immer wieder die ganze Geschichte erzählen mußte, doch Renzo entzweite sich mit ihm, da er nicht zu bewegen war, seine Helfer zu verraten.

Er ahnte es nicht, daß viele Gewalten um ihn kämpften. Mit der schlichten Gerechtigkeit kam die nun einmal in Bewegung geratene obere Schicht der Römer nicht mehr aus. Die Damen hätten es vor allen Dingen in Ordnung gefunden, wenn man Renzo zunächst auf dem Forum romanum oder auf dem Plage vor dem Kapitol ausgestellt hätte; doch ihr gerader Sinn wurde immer wieder von den Paragrapheneinwänden der Männer durchkreuzt.

Es gab eine feierliche Gruppe — Anhänger Casapis —, die ohne viel Hin und Her ein knappes strenges Verhör vor wenigen Ohren und eine harte Strafe verlangten, und es gab eine gewaltige Partei, die nach einem großen öffentlichen Tribunal rief.

Es gab Frauen, die es als Kränkung ihres ganzen Geschlechtes ansahen, wenn dieser Fall still begraben würde, und es gab Männer, die den zynischen Mut hatten, ihre Frauen allabendlich allein spazierengehen zu lassen.

Ehen, die bis dahin glücklich gewesen waren, gingen an, in früher unbekanntem Tiefen zu erbeben. Freunde gerieten aneinander, daß es Funken gab, Künstler wurden gemieden oder überlaufen — je nachdem man sie für gefährlich hielt oder nicht — kurzum, die Winterfaison begann. Man hatte sein Ereignis, und es war eine öffentliche Angelegenheit.

Daß die Richter nicht allesamt mit der gesellschaftlichen Ansicht übereinstimmten, war ohne Belang; die Gesellschaft hatte Kraft genug, ihre Meinung fühlbar zu machen.

Zumal wollte Gott, was die Frauen wollten, und so mußte es zu einer Verhandlung im größten Gerichtssaal der Stadt kommen, in der sich die Kläger und der Angeklagte zum ersten Male gegenüberstanden.

Man versprach sich Großes davon, zumal vom Wiedersehen Renzos mit der schönen Lidia.

Renzo, dieser hübsche Junge! Was würde er tun, wenn er unerwartet keine angebetete Prinzessin wiederfände. —

Die Nacht vor dem mit Spannung erwarteten Tage strich der Schlaf nur ganz leicht über die Augen vieler, um so früher rollten die Wagen. Die ganze römische Gesellschaft, zumal

die neu- und noch nicht gut ausgebildete, wünschte einen Platz zu haben, wollte Augen- und Ohrenzeuge sein. Doch auch das Volk sollte teilnehmen, man brachte einen Resonanzboden.

Der wichtigste Mann aber war Carlo Fratelli. Drei verflucht gescheite Advokaten hatten sich darum gerissen, seine Berater und täglichen Begleiter zu sein, und da er sich ihrer gar nicht erwehren konnte, übergab er dem einen Renzo Adriani. Die Zukunft des Dritten war zerfallen. —

Dem Räte seines Leibadvokaten folgend, kam Fratelli an dessen Seite in den Saal, als Rom schon verammelt war.

Es erhob sich ein sehr vornehmliches Geraune. Fratelli grüßte.

Ein wenig erhöht, vor dem Richtertisch, stand seine Venus, verhüllt.

Nun ging alles wie auf einer Bühne. Die Römer verstanden sich noch immer auf das große Theaterpiel, auf Wirkungen.

Von rechts kam die Prinzessin, stolz und kühl, der etwas zerfallene Prinz, Beatrice, Casapi und der ganze dazugehörige Troß.

Von links kam Renzo zwischen den Uniformierten, mit ihm der Advokat.

Es schien, als wollte Renzo zurückweichen, als er in den großen, mit Menschen dicht angefüllten Saal trat; dann aber machte er rasche, trohige Schritte vorwärts.

Dort, das Verhüllte, das konnte nur seine Venus sein! Sie konnte nur für, niemals gegen ihn sprechen.

Aufmerksam blickte er in die Menge hinein. Irgendwo war gewiß auch die Prinzessin.

Unten, ganz vorn, das war ja wohl der Conte Sisto di Branco. Der hatte damals im Dunkel des Zimmers zu Taormina auch besser ausgesehen.

Die Prinzessin? — Die Prinzessin?

Ah, da war ja auch sie. Renzo war enttäuscht. Nein, hätte er sie so gesehen, so fremd, so kalt — schmal, mit finsternen Augen — niemals hätte er nach ihr seine Venus geformt. Wahrlich, heute sah sie nicht der Vision jenes ersten Abends ähnlich, an dem er in Syrakus zu ihren Füßen stand und innerlich betete. (Fortf. folgt.)

Sozialpolitische Reichstagsdebatte.

Im Reichstag begründete gestern, Mittwoch, zunächst Abg. Fried (Kais.) einen Antrag auf Aufhebung der Festungsbaufest im Hinder-Projekt verurteilten Abg. Kriebel, Abg. Brodowj (Dem.) weist darauf hin, daß dieser Antrag schon einmal vom Reichstag abgelehnt worden sei. Gegen eine nochmalige Ausschußberatung sei aber nichts einzuwenden. Der Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Zur gemeinsamen Beratung kommen dann

viele sozialpolitische Anträge

verschiedener Parteien, die sich mit der Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Kriegsbeschädigten- und Erwerbslosenfürsorge sowie mit der Fürsorgepflicht befassen.

Der Ausschuß beantragt folgende Änderung des § 1285 der Reichsversicherungsordnung: „Der Reichszuschuß beträgt jährlich 48 Goldmark für jede Invaliden-, Witwen- und Waisenrente und 24 Goldmark für jede Waisenrente.“ Diese Änderung soll mit dem 1. August d. J. in Kraft treten.

Nach einem weiteren Ausschußantrag sollen in der Unfallversicherung an die Stelle der alten einheitlichen Renten Renten treten, die dem wirklichen Arbeitsverdienst entsprechen. Wer aus der Unfallversicherung zwei Drittel oder mehr der Vollrente bezieht, soll vom 1. Juli 1924 ab eine Sonderzulage von 15 Goldmark monatlich erhalten.

Zur Kriegsbeschädigtenfrage beantragt der Ausschuß, die Rentenerhöhung bei Renten und Zusatzrenten von 40 auf 50 Proz. festzusetzen. Die Renten der Kriegsteilnehmer von 1870 und früher sollen von 10 auf 15 M. monatlich erhöht werden. Daneben werden zahlreiche Verbesserungen in den einzelnen Zweigen der Kriegsbeschädigtenfürsorge beantragt.

Die Höchstlöhne der Erwerbslosenfürsorge sollen nach einem weiteren Ausschußantrag in der Hauptunterstützung um 20 bis 25 Proz., die Familienzuschläge um 50 Proz. erhöht werden. Für Jugendliche soll die Fürsorge ein Jahr früher als bisher, also schon mit dem 17. Lebensjahr eintreten. Weiter wird die Aufhebung der Spanne zwischen weiblichen und männlichen Erwerbslosen verlangt.

Schließlich erfaßt der Ausschuß die Reichsregierung in einem Antrag, umgehend Vorschriften über Verfahren, Beschwerde und Aufsicht über die Fürsorgepflicht zu erlassen und auf die Länder und Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie die Fürsorgepflichtverordnung nach dem Sinn und Zweck der bisherigen reichsrechtlichen Regelung durchführen.

Abg. Harz (Dnalt.) verlangt eine Umgestaltung des Systems der Sozialversicherung, an Stelle des bürokratischen Betriebs Selbstverwaltung auf berufsständischer Grundlage. Das ist leider vom Ausschuß abgelehnt. Das Arbeitslosenproblem kann mit Renten nicht gelöst werden; man muß ihnen Arbeit schaffen, die dem Allgemeinwohl dient. (Beifall rechts.)

Abg. Hoch (Soz.):

Die Beschlüsse des Ausschusses entsprechen wahrhaftig nicht den hohen Löhnen, mit denen der Redner geschlossen hat. Diese Beschlüsse werden bei den Beteiligten ungeteilte Entrüstung hervorrufen. Danach bekommt ein Invalide monatlich 13 M. und die Zulage von monatlich 1 M.; ein Invalide bekommt für sich und seine Frau täglich 43 Pf. und die Zulage von 3 Pf. Dabei hieß es in der ersten Lesung von der Rechten durch den Abg. Leopold, daß die Sozialpolitik nicht zum Stillstand kommen dürfe. Der Sinn dieser Sozialpolitik ist nur der Schutz der Reichen. Man sagt, die Industrie sei durch die sozialpolitischen Lasten nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt, diese Lasten machen aber nur einen ganz

geringen Bruchteil der übrigen Faktoren aus, die für die Konkurrenzfähigkeit maßgebend sind. Die Parteien haben sich im Ausschuß damit begnügt, als der Minister erklärte, daß die 80 Millionen für die Verdoppelung der Familienunterstützung nicht aufzubringen seien, und sie haben es bei der Erhöhung von 50 Proz. belassen. Wir haben im Ausschuß die Erhöhung der Lantiensteuer von zwanzig auf hundert Prozent beantragt; das wurde abgelehnt. Wir beantragen jetzt die Erhöhung auf achtzig Prozent, um die Mittel zu beschaffen.

An anderen Stellen kann gespart werden, z. B. beim Reichsheer

durch Beschränkung kostspieliger Übungen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Das ist gegebenenfalls auch früher im Frieden so gewesen. (Widerspruch rechts, Ruf rechts: Sie wollen nur Nachtwächter!) Darüber sprechen wir uns noch, Herr Bulle. Wir schlagen ferner eine Erhöhung der Vermögenssteuer für die größeren Vermögen vor, wodurch der Mittelstand nicht belastet werden würde. Deutschland sollte sich schämen, wenn es für seine Invaliden nicht genug tun kann. Das Volk hat Großes geleistet in den vergangenen schweren Zeiten. Wir sind uns wohl bewußt, daß auch unsere Anträge nicht genügen, aber wir haben ja im Ausschuß nicht einmal die 26 M. Rente durchbringen können, die wir mindestens beantragt hatten. Solange wir nicht eine sozialistische Mehrheit hier und im Volk haben, können wir keine sozialistischen Gesetze machen. (Zuruf rechts: Sie haben ja schon die Macht gehabt!) Wir haben weder in der Nationalversammlung noch im Reichstag die Mehrheit gehabt. Ihre (zu den Kais.) Anträge haben Anleihen bei uns gemacht, aber für die Deckungsfrage nichts übrig gehabt. (Zuruf rechts.) Ihr Hinweis auf das galizische Schiebergesindel, das man dafür in Anspruch nehmen könne, beweist nur, daß mit dem Volk schamloser Schwindel getrieben worden ist. Der Redner hat scharfe Worte gegen die Inflation gefunde. Wer hat die Inflation verschuldet? (Stürmische Rufe b. d. Kais.: Sie! Die Sozialdemokraten!) Wer hat die ungeheuren Inflationsgewinne eingestekt? (Rufe b. d. Kais.: Die Juden!) Die Großkapitalisten, jüdische und nichtjüdische, haben die Inflation begünstigt, gefördert und skuzzifiziert, nicht aber die deutsche Arbeiterschaft, die vielmehr ausgeplündert und vollends an den Bettelstab gebracht wurde. Unsere Abhilfeanträge wurden niedergestimmt. Die Industrie war die Leithaberin dieses Raubzuges; sie hat in jeder Beziehung verlagert. Großkapital und Industrie haben sich gleichmäßig am deutschen Volk verläßt. Und der Reichsfinanzminister? Er hat sich zwar für die Erhöhung der Gehälter seiner hohen Beamten, aber nicht für die Arbeiterschaft und für die Erleichterung ihrer Last interessiert. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Ruhrtampes benutzte Großkapital und Industrie die günstige Gelegenheit zu dem

Versuch, der Arbeiterschaft die letzten Reste der Sozialgesetzgebung, der Sozialfürsorge zu rauben

und ihre letzte Widerstandskraft gegen die kapitalistische Ausbeutung zu brechen, so stehen die Dinge. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß die in den verschiedenen Anträgen verlangte Erhöhung der Leistungen der Sozialversicherung in der geforderten Höhe für das Reich wie für Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht tragbar sei. Wenn man die fehlenden Mittel durch neue Steuern aufbringen will, so verläßt man damit den Boden der Versicherung und geht über zur öffentlichen Fürsorge. Das wäre aber besonders bedenklich, weil dann auch die Bedürftigkeit der Renteneempfänger geprüft werden müßte. Wohin das

führt, zeigt jetzt schon die Art, in der die Fürsorgeverordnung von den Ländern und Gemeinden durchgeführt wird. Die Reichsregierung wird nunmehr für die Ausführung der Fürsorgepflicht Grundzüge aufstellen, die sie vorher dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags vorlegen wird. Eine Verdoppelung der Invalidenrenten ist unmöglich. In der Frage der Erwerbslosenfürsorge wird die Regierung den Vorschlägen des Ausschusses folgen. Wenn die Londoner Konferenz zu einem für uns halbwegs erträglichen Ergebnis kommt, dann ist zu hoffen, daß uns die wirtschaftliche Gesundung auch sozialpolitische Fortschritte ermöglichen wird.

Reichsfinanzminister Dr. Cuther

führt Zahlen aus dem Etat an, aus denen er zeigen will, daß Deutschland heute für die Sozialpolitik mindestens ebenso große Mittel aufbringt wie in der Vorkriegszeit. Wer jetzt eine weitere Erhöhung der sozialpolitischen Leistungen fordert, der legt das Reich der Gefahr aus, daß sich die furchtbare Inflation des Vorjahres wiederholt, unter der die Arbeiterschaft am meisten gelitten hat. Wenn das Reich jetzt

15 Millionen für sozialpolitische Zwecke

aus dem Haushalt verwendet, so tut es damit alles, was möglich ist. Aus den zu erwartenden Ausgaben werden weiter dafür 60 Millionen verwandt, 40 Millionen aus der Umsatz- und 20 Millionen aus der Kapitalverkehrssteuer. In Besprechungen des Arbeitsministers mit den Landesvertretern über die Erwerbslosenfrage haben die Länder sich für eine Erhöhung des Familienzuschlags bis 40 Proz. ausgesprochen. Sie werden hoffentlich auch die vom Ausschuß geforderten 50 Proz. bewilligen können, aber da ist die Grenze. Eine Erhöhung der Steuern ist leider in großem Umfang nötig gewesen; aber eine generelle Erhöhung einer bestimmten Steuer müssen wir ablehnen. Wir gehen mit brutalen Steuern vor, aber wir müssen da haltmachen, wo die Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen droht. Die Erhebung neuer Steuern würde in diesem Moment kaum möglich sein. Die Lantiensteuer für Ausschüsse verpricht keine wesentliche Vermehrung unserer Einnahmen und sie würde überdies auf die Gesellschaften abgewälzt werden. Es wäre ein furchtbares Schicksal, wenn gerade jetzt, wo eine außerpolitische Konsolidierung zu erwarten ist, die deutsche Währung wieder erschüttert würde.

Abg. Maslowski (Komm.) bezeichnet die von den übrigen Parteien getriebene Sozialpolitik als reine Heuchelei. Am meisten werde vom Zentrum gehandelt. Die unter dem Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnungen zur Verschlechterung der Sozialpolitik müßten sofort aufgehoben werden.

Abg. Berig (Ztr.) weist die Angriffe Maslowskis zurück. Die schwierige Lage der Invalidenversicherung lasse sich nicht durch die sozialdemokratischen Steueranträge bessern.

Ein Antrag auf Schluß der Beratung wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt.

Abg. Moldenhauer (D. Rp.) weist auf die Notlage der Arbeiterschaft hin, die zu gewissen Grenzen in der Sozialpolitik zwingt. Die Feststellung dieser Tatsache sei keine Stellungnahme für das Großkapital.

Abg. Stöhr (Kais.) erklärt den Verdacht der Kommunisten für gerechtfertigt, daß die Deutschnationalen mit Hilfe der großen politischen Debatte die sozialen Anträge sabotieren wollten. Man brauche nur an die Haltung der alten Konservativen zu denken. Wenn aber die Kommunisten sagten, ihnen gingen die sozialen Forderungen den Nationalen vor, so liege eben darin das Tragische des deutschen Schicksals. Ausführungen des Redners gegen die deutsche Republik, die Sozialdemokraten usw. werden von der Linken mit ironischen „Heil!“-Rufen aufgenommen.

Theater, Lichtspiele usw.

Volkshäuser
8 Uhr:
D. Kreuzschreiber
Gretl Bök / Karl Blinger
Lies Peckert / Emil Lind
Julius Sachs / Otto Jander-Gahe

Staats-Theater
Opernhaus
am Königsplatz
Täglich 7 1/2 Uhr:
Fürstentum

Deutsch. Theater
Sommerpielzeit
Direktion: Stas und Lorenz
Tägl. 8 Uhr:
Max Falkner u. Max Landt
in
Clubleute

Kammerspiele
Sommerpielzeit
Direktion: Stas und Lorenz
Tägl. 8 Uhr:
Georg Alexander
in Kümmeibärchen
Th. L. Admiralspalast
1/4 8. Der Erbg. 6. Jahre
11 Monate
sonstige auf dem Spielplan
ist die große Revue
Drunter und drüber

Intimen Th. 8 U.
Gasts. Künstleresp.
Aib / Nachtlichter
Befehl

Metropol-Th.
8 U. D. Weitschläger
Mascottchen

Tribüne 8 Uhr:
Doktor Stieglitz
Lobe / Ebelbacher

Residenz-Th.
u. Lig. Afr. Belerle
Tägl. 8 Uhr:
Hinkemann
Gutscheln
bis 27. Juli
1-4 Personen
50% Ermäßigung

Trianon-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Anatol
Lustsp. v. Schnitzler
Gutscheln
bis 27. Juli
1-4 Personen
50% Ermäßigung

Komische Oper Direktion: James Klein
8 Uhr
Nur noch 7 Tage
Die tanzende Prinzessin
von Walter Kollo
Parkett 1.50—5.00 Mark

Große Volksoper im Theater
des Westens
7 1/2 Uhr: **Fra Diavolo**
(Sommerprelaz)

Vergnügungspark ULAP am Bahnhof
Freitag und Sonnabend:
2 Volkstage
Eintritt 50 Pfg.
Konzert + Feuerwerk
Voller Betrieb mit sämtl.
Sensationen u. Attraktion.
Beginn 4 Uhr

Rennen zu Hoppegarten
Donnerstag, den 24. Juli
nachm. 3 Uhr

Rose-Theater Reichshallen-Theater
8 Uhr: Lehmanns
Kinder
Gartenbühne 7 1/2
Uhr:
MÄd
Täglich 8 Uhr:
Ellie-Sänger
12probirtiges
Juli-
Programm
u. s. w.
Die Lieblingskub
des Maharadschal
sichern Erfolg!

Dönhoff-Brettel
Anf. 7 1/2, Sonnt. 8 U.
Gr. Varieté- Progr

Inferate im
Vorwärts
sichern Erfolg!

Was Goethe für Schloss Tiefurt,
ist die
SCHLOSS TIEFURT
ZIGARETTE
für den Raucher.

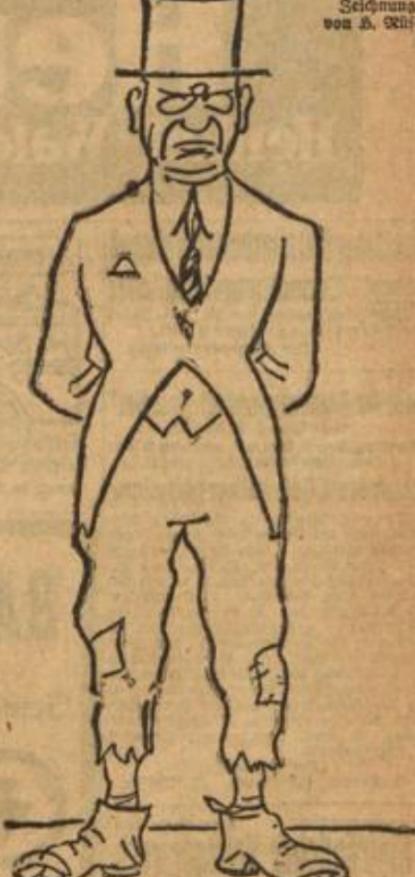
Höchste
Kultur

SCHLOSS TIEFURT

WITTUM
mit Goldmundstück
5
1785
mit Goldmundstück
10
EDLE von TIEFURT
ohne Mundst. Handarbeit
20

Die neue Beamtenbesoldung

Zeichnung von H. Klich



Nach unten zu hat's nicht mehr gereicht!

Aus „Lachen links“ Nr. 29
Erscheinungstag: 25. Juli 1924

Zu beziehen durch
alle Vorwärts-Ausgabestellen und Botenfrauen

Gustav Neumann Ww.
Berlin C, Wallstraße 81, Ecke Neue Köpstraße
Roffauer (Hilfz.-Bd. Invaliden)
Klilo 1.20
Feuerwerkskörper
und Leuchtbl. sehr billig, in großer Auswahl

Im
Lunapark heute Elitetag!!
Das berühmte Eintritt Deutsches
Donnerstags- Mark Tonkünstler-
Feuerwerk Westens Konzert
• Lebende Skulpturen •

Am 8 Uhr wird Vertagung auf Donnerstag vorgeschlagen. Die Abg. Koenen (Komm.), v. Graefe (Natf.) und Schulz-Bromberg (Dnatf.) verlangen Fortsetzung der Beratung. Da die Abstimmung zweifelhaft ist, erfolgt Samstagspragung. Die Mittelparteien und die Sozialdemokraten fuhren dabei durch Nichtbeteiligung die Beschlussunfähigkeit herbei. Vizepräsident Bell verlegt darauf die Weiterberatung auf heute, Donnerstag, 2 Uhr.

Wallraf und die Kommunisten.

Für das Mißtrauensvotum gegen Wallraf sollten nach der ersten Befragung nur 29 Kommunisten gestimmt haben. Darauf bezogen sich unsere Bewertungen im gestrigen Abendblatt. Inzwischen war — was wir übersehen hatten — berichtigt worden, daß nicht 29, sondern 49 Kommunisten gestimmt hatten. Das Sekretariat der SPD-Fraktion war gestern nachmittags so freundlich, uns in höflicher Form auf unser Versehen aufmerksam zu machen, und wir sagten selbstverständlich sofort Berichtigung zu. — Das hindert aber den edlen Koenen nicht, in einer Geschäftsordnungsdebatte mit blöden Schimpfereien über den „Vorwärts“ herzugehen. Das Niveau der „Roten Fahne“ können wir freilich nicht erreichen, die irtt bekanntlich nie. Sie schwindelt stets bewußt und berichtigt grundfährlich niemals.

Wirtschaft

Weshalb Beder zusammenbrach.

Der Zusammenbruch des Beder-Konzerns mit seinem bedeutenden Edelfabrikatwerk in Wilschd erregte in der breitesten Öffentlichkeit berechtigtes Aufsehen. Allgemein war die Meinung verbreitet, daß in diesem Vorfall ein Symptom der schweren Industriekrise zu sehen sei und daß man nun auch bei anderen Industrieunternehmen der Großindustrie den Zusammenbruch täglich befürchten müsse. Es ist nicht so gekommen. Die von der Kreditnot betroffenen großindustriellen Unternehmen haben größtenteils die Krisenwirkungen auf die Arbeiterschaft abgewälzt, indem sie ihre Betriebe schlossen oder einschränkten. Daß die Gründe, die zum Zusammenbruch des Beder-Konzerns führten, auf die meisten übrigen Industrieunternehmen nicht zutreffen, geht auch aus einem Bericht der Geschäftsaufsicht hervor, der jetzt der Beder-Konzern untersteht. In dem Bericht heißt es u. a.:

„Die tiefere Ursache des Zusammenbruchs liegt in dem Fehlen jeder Verbindung mit einer deutschen Großbank. Vor allem, als die Zeit der großen Geldknappheit kam, war sie nicht in der Lage, den Geldbedarf des Unternehmens zu decken. Anstatt daß nun die mit der Finanzleitung des Werkes betrauten Persönlichkeiten (Generaldirektor Beder starb gerade in dieser Zeit) vorsichtig verhandelten, andere Wege einzuschlagen, die eine sichere Deckung des Geldbedarfs gewährleisteten, begannen nun damit in einer Weise, die nicht anders als unverantwortlich bezeichnet werden kann, sich durch Wechsel Geldmittel zu beschaffen. Diese Wechsel tragen die Unterschrift von drei Firmen des Beder-Konzerns, also des Stahlwerkes Beder, der (zu dem Konzern gehörigen) Indubant und der Schweizer-Rätiger Metallwerke A.-G. (Ermag). Die Beschaffung der Gelder auf diesem Wege erforderte einen ungeheuerlichen Aufwand an Zinsen und Provisionen. Ganz abgesehen davon, daß man auch in der Auswahl derer, deren man sich zur Unterbringung der Aktepte bediente, nicht vorsichtig genug war. So kam es, daß eine gewaltige Differenz sich aufstapelte zwischen dem Betrag, für den man Wechselverpflichtungen eingegangen war und der Summe, die tatsächlich an barem Gelde bei der Indubant kam, beim Stahlwerk Beder einging. Diese Lücke auszufüllen war unmöglich und diese Schuldlast vor allem führte zu dem finanziellen Zusammenbruch. Es ist selbstverständlich, daß die-

jenigen, die die Verantwortung für diese Dinge tragen, die Folgen auf sich nehmen müssen. Persönlichkeiten, die die Verantwortung tragen, sind bereits von der Mitarbeit ausgeschlossen, und der Aufsichtsrat hat ferner in seiner Sitzung vom 19. Juli den Beschluß gefaßt, daß gegen alle, die die Schuld an dem Zusammenbruch tragen, straf- und zivilrechtlich vorgegangen werden soll. Würden die Sanierungsbestrebungen fehlschlagen, so würde der Konkurs die unausbleibliche Folge sein. Im Konkurs würden aber die Aktionäre ganz leer ausgehen und die Gläubiger auch nur zu einem sehr geringen Teil befriedigt werden. So bedauerlich es auch für den sein mag, der Ansprüche an das Wert hat, so gibt es doch nur einen Weg, der Aussicht bietet, zu einem Erfolg zu führen: alle Sanierungsmöglichkeiten bis zum letzten Ende zu versuchen, auch wenn dadurch Zeit verloren geht.“

Es ist bezeichnend für die heutige Abhängigkeit des Industriekapitals vom Finanzkapital, daß man jetzt einen Ausweg aus der Krise des Wertes nur in dem Anschluß an eine Großbank sieht. Die wucherischen Zins- und Provisionsfäße, die in der Zeit der Geldknappe üblich wurden, haben dem Unternehmen den entscheidenden Stoß verfehrt, keine Leiter zur Aufnahme von Wechseln veranlaßt, deren Betrag schließlich über die Leistungsfähigkeit des Konzerns weit hinausging. Hier — in der unzureichenden Vorsorge für gesunde Kreditmöglichkeiten — lag der Grund der Fehlgriffe, für die jetzt die Leiter des Konzerns zur Verantwortung gezogen werden. Man wird den Ausgang des Verfahrens abwarten müssen, um klar zu erkennen, ob Sanierungsmöglichkeiten der bezeichneten Art tatsächlich vorliegen. Verhandlungen haben darüber feinerzeit stattgefunden. Jedenfalls ergibt der Bericht, daß das Stahlwerk Beder unter ganz besonders schwierigen Bedingungen in die Stabilisierungskrise hineingegangen ist, daß also kein Zusammenbruch Rückschlüsse auf die geschäftliche Lage anderer Werke nicht ohne weiteres zuläßt.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengruppen, lose .. 16,25—20,00	Röstgetreide, lose .. 15,50—17,50
Gerstengrütze, lose .. 15,00—15,00	Kakao, fettarm .. 75,00—90,00
Haferlocken, lose .. 15,50—17,00	Kakao, leicht entölt .. 90,00—105,00
Hafergrütze, lose .. 17,00—18,00	Tee, Souchon, gepackt .. 350,00—430,00
Roggenmehl 01 .. 12,50—13,75	Tee, indischer, gepackt .. 425,00—500,00
Weizengrieß .. 18,25—19,50	Inlandszucker basis mel .. 35,50—37,50
Hartgeröst .. 21,50—24,00	Inlandszucker Raffinade .. 37,00—39,00
70% Weizenmehl .. 14,00—15,00	Zucker Würfel .. 40,50—44,50
Weizen-Auszugmehl .. 16,00—21,25	Kunstthong .. 23,00—32,00
Speiseerbsen, Viktoria .. 12,25—15,50	Zuckersirup hell in Elm .. 35,00—43,00
Speiseerbsen, kleine .. 3,75—11,75	Speisesirup dunkl. in Elm .. 25,00—29,00
Bohnen, weiße, 1. erl .. 20,00—24,00	Marmelade Einfr. Erdb. .. 80,00—95,00
Langbohnen, handverles. .. 27,00—30,50	Marmelade Vierfrucht .. 35,00—40,00
Linsen, kleine .. 20,00—25,50	Pharmemus in Elmern .. 33,00—38,00
Linsen, mittel .. 21,00—27,50	Steinsalz, lose .. 3,10—3,70
Linsen, große .. 39,00—46,90	Siedesalz, lose .. 4,00—4,70
Kartoffelmehl .. 18,75—20,50	Bratenschmalz in Tierces .. 75,70—76,50
Makkaroni .. 36,00—42,00	Bratenschmalz in Kübeln .. 77,00—78,10
Makkaronimehl .. 33,00—35,00	Puralol in Tierces .. 74,00—76,50
Schnittmehl, lose .. 15,00—16,50	Puralol in Kisten .. 74,00—75,00
Bruchreis .. 14,50—15,50	Speisetalg in Packung .. 49,00—52,00
Rangoon Reis .. 15,50—17,00	Speisetalg in Kübeln .. 48,00—50,00
Tafelreis, glasiert, Patna .. 23,25—31,00	Margarine, Handelsm. I .. 60,00—
Tafelreis, Java .. 30,00—36,00	degl. II .. 54,00—57,00
Ringpfeil, amerik. .. 78,00—80,00	Margarine, Spezialm. I .. 76,00—
Getr. Pfäumen 90/100 .. 41,00—43,00	degl. II .. 63,00—65,00
Pflaumen, entsteint .. 50,00—55,00	Margarine III .. 46,00—50,00
Cal. Pflaumen 40/50 .. 60,00—	Molkereibutter I, Fässern .. 183,00—190,00
Rosinen in Kisten, Candia .. 70,00—75,00	Molkereibutter in Pack. .. 189,00—196,10
Sultaninen Caraburnu .. 75,00—85,00	Landbutter ..
Korinthen, ohne .. 65,00—70,00	Auslandbutter in Fässern .. 193,00—198,00
Mandeln, süße Bari .. 155,00—158,00	Corned beef 12½ lb. P. K. .. 32,50—37,00
Mandeln, bittere Bari .. 145,00—152,00	Ausl. Speck, geräuchert .. 72,00—78,00
Zimt (Cassia) .. 106,00—115,00	Quadratkäse .. 15,00—28,00
Kümmel, holländischer .. 70,00—80,00	Tilsiter Käse, vollfett .. 95,00—105,00
Schwarzer Pfeffer Singap. .. 94,00—108,00	Bayr. Emmenthaler .. 170,00—170,00
Weißer Pfeffer .. 135,00—140,00	Echter Emmenthaler .. 178,00—185,00
Rohkaffee Brasil .. 180,00—215,00	Ausl. ungerück. Condensmilch 48/16 .. 20,50—23,25
Rohkaffee Zentralamerika .. 220,00—285,00	Inlandsche degl. 48/12 .. 16,50—17,50
Röstkaffee Brasil .. 230,00—280,00	Inl. gez. Condensm. 48/14 .. 26,00—26,50
Röstkaffee Zentralam. .. 300,00—375,00	

Zollermäßigungen in Oesterreich durch sozialistisches Eingreifen. Der österreichische Zollauschuß hat in fortgesetzter Beratung des Zollariffs die Eisenzölle erledigt. Auf Antrag des Berichterstatters werden Stahl und Roheisen für zollfrei erklärt und der Zoll für vorgeschaltete Bleche und Platten von 1 Goldkrone auf 80 Goldkronen für bearbeitetes Eisen und Stahl von 10 Goldkronen auf 8 Goldkronen herabgesetzt. Auf Antrag des Sozialdemokraten Dr. Bauer wurde der Zoll für Stabeisen von 3 auf 2,5 Goldkronen ermäßigt. Ferner wurde die Annahme einer Klausel beschlossen, wonach für Eisen und Stahl in Blechen und Platten, gewalzt und gezogenem Draht, falls diese Waren zeitweise im In- und nicht erzeugt werden, für die Dauer der Richterzeugung der Zoll vom Finanzminister vor Fall zu Zoll oder mit Zustimmung des Hauptauschusses des Nationalrats allgemein ermäßigt oder erlassen werden kann.

Deutschlands Import von englischen Wollfabrikaten. Im ersten Halbjahr 1924 hat laut „Textil-Woche“ Deutschland von England 5,9 Millionen lbs. an Kammtzug empfangen verglichen mit 8,2 Millionen lbs. (engl. Gewichtspfund) im ersten Halbjahr 1913, während der Export Englands an Kammtzug nach allen übrigen Ländern im ersten Halbjahr dieses Jahres 18,1 Millionen lbs. verglichen mit 14,4 Millionen lbs. im ersten Halbjahre 1913 betragen hat. An Wollwaren erhielt Deutschland in den ersten 6 Monaten dieses Jahres 11,3 Millionen lbs. und im ersten Halbjahr 1913 15 Millionen lbs., während der Export englischer Wollwaren nach allen übrigen Bestimmungsländern in den ersten 6 Monaten dieses Jahres 11,6 Millionen lbs. verglichen mit 10,1 Millionen lbs. im ersten Halbjahr 1913 betrug. Deutschland hat in den ersten sechs Monaten dieses Jahres im ganzen von England wollene Halb-fabrikate im Werte von 2,638 Millionen Pfund Sterling erhalten, verglichen mit 2 Millionen Pfund Sterling im gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1913. Die Steigerung im Jahre 1924 ist um so bemerkenswerter, da seit März bereits in Bradford lebhaft darüber Klage geführt wird, daß weitere Lieferungen an Deutschland infolge der finanziellen Schwierigkeiten kaum möglich sein würden. Trotzdem hat Deutschland aber noch im Juni annähernd 3 Millionen lbs. an Kammtzug und Wollgarnen von England erhalten, d. h. sogar noch etwas mehr als der Monatsdurchschnitt der vorhergegangenen 5 Monate. Der deutsche Import von Kammtzug und Wollgarnen ist durchweg in billigen Sorten.

Konzernbildung in der Hohlglasindustrie. In der Generalversammlung der „Bereinigten Kaiser Glaswerke“, Betschwarze, die mit den Osromwerken (AG) und Siemens-Konzern in Verbindung stehen, wurde der Abschluß einer Interessengemeinschaft mit der Max Kren u. Co. Glasindustrie Schreiber A.-G. mitgeteilt. Das neue Gebilde stellt den größten Konzern in der Hohlglas-industrie dar.

Krupp in Spanien. Nach der „Kölnischen Volkszeitung“ sind die Verhandlungen, welche die Friedrich Krupp A.-G. seit längerer Zeit mit spanischen Interessengruppen und der spanischen Regierung führte, soweit zum Abschluß gebracht worden, daß unter der Beteiligung der Firma Krupp die „Union Naval Levante“ gebildet worden ist. Die Union schließt eine Anzahl spanischer Schiffahrtsunternehmen, Schiffswerften und Metallwerke zu einer Gruppe zusammen, um durch Neubauten von Schiffen und andere Betriebserweiterungen der spanischen Seeschifffahrt einen größeren Anteil an der Weltseeschifffahrt zu geben. Darüber hinaus sollen mit weiteren deutschen Industrieunternehmen ausföhrliche Verhandlungen auf stärkeren Anteil der deutschen Industrie in Spanien angeknüpft werden sein. Auch in der chemischen Großindustrie seien Verhandlungen zum Zwecke der stärkeren Betätigung im Gange.

Benachteiligung deutscher Waren in Belgien. Wider Erwarten ist die Ermäßigung der belgischen Regierung zur Aufhebung der Differentialzölle gegen deutsche Waren bis zum Jahreschluß verlängert worden. Damit hält Belgien an der einseitigen Restbegünstigung auf Grund des Verfaillert Vertrages bis zum letzten Augenblick fest.

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda



spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von Henko bei der
Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Verwaltungsmittglieder
Am Freitag, den 25. Juli, findet die Verwaltungssitzung statt.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“
zu Berlin, C. G. m. b. H.
Montag, den 4. August, abends 8 Uhr
im Gemeinshaus, Engelauer 24/25
22. ordentl. Generalversammlung

Aroma-Essenzen
für Speise-Eis
Händler u. Einzelhändler
Otto Reichel
FA. No. 4781
Eisenbahnstr. 4
Auch in Drogerien bestellbar.

Stauerpenden
jeder Art liefert preiswert
Paul Gollets
vormals Isler New,
Mariannenstr. 3,
N. M. 10000.
Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1,
Ecke Karlsruherstraße

Den Mitgliedern unseres Verbandes zur Kenntnis, daß unser langjähriges rühmliches Vorstandsmittglied
Herr Emil Boeske
am 21. Juli verstorben ist.
Den Vorstandsmittgliedern sowie den Berichteten, ebenso allen in der Vorstandsbewegung tätigen Personen wird der Verstorbenen infolge seines vielfachen Wirkens und für die Vorstandsbewegung nicht unbedeutend geblieben sein. Er war ein pflichterfüllter, fester und unerschrockener Mann. Ein solches Personal ist für die Vorstandsbewegung ein Verlust. Seine Tätigkeit wird werden sein Andenken in Ehren bewahren.
Beerdigung Freitag, den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichshagen.
Wir bitten um rege Beteiligung.
Verband der Krankenkassen Berlins
Berlin C. 25, Alexanderstr. 39-40

Wohnungsbau
Wohnungsbau kaufen Sie billig in
Zoostraße 100, Pringelstraße 100,
Königsplatz, Teufelsdröckchen,
Carmen, Sportplatz, Schloß, Röhde
oder Art. Gelegenheitskäufe in neuer
Garderober, Teufelsdröckchen.
Bericht von Gesellschafts-Anwärt
Brunnenstraße 4.

Garten :: Laube :: Balkon
Praktische, Drahtgeflechte wegen ab-
geschnittenen Rostschutts nach Rücklauf
lieferer wie bisher gut und billig Knuth,
Grüner Weg 11.

Einträglicher Nebenerwerb
Für alle Stände u. Berufe brauchbar
und von jedermann ausführbar.
Etwas für Sie — Ihre Frau — Ihre Kinder.
Bei Ein- 25 Pf. in Geld oder
Sendung von 25 Pf. in Geld oder Brief-
marken an: Reprofix-Verlag, Mann-
heim, Angartenstr. 19, und Sie er-
halten porto- und postfreie Zusendung
dieses Verzeichnisses, sowie Material- und
Gebrauchsanweisung und Erläuterung über
die Art der Verwertung. 2000

BAUHÜTTE BERLIN

Soz. Baugesellschaft m. b. H.
Gemeinwirtschaftliche Bauunternehmung



Ausführung von Bauarbeiten aller Art



Umbauten u. Reparaturen Villen und Landhausbau Industriebau Uebernahme ganzer Bauprojekte Schlüsselfertige Herstellung ganzer Siedlungen

Abtlg. für Hochbau Tiefbau Eisenbetonbau Zimmerei Dachdeckungen

Abtlg. für Entwurf Architektur Konstruktion Statik Bauberatung

Bureau: Berlin W., Genhiner Str. 34
Telephon: Kurfürst 9350-51, 8808

Verkäufe
Fahnen, Schwarzrotgold, in jeder Größe zu haben. Hermanns-Spedition, Riefholzerstr. 18b. 4000

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Seglermägen, Herrenhüte, Sportmägen, usw. und preiswert im Eng-
singer Baumarkt 85 (Oranienplatz),
Herrenhüte, erste Qualität, mit
Reinwollstoff 5,75, uneingefärbt 4,75.
Damenmädel, Damenkleider, Sommer-
mädel 3,95, Wintermädel 4,95, Ruffel-
mädel 4,50, 5,50, Ruffelkleider 7,50,
10,—, 12,— usw., entfaltende Model-
kleider, Ganzkörpermädel 5,—, Tuch-
mädel 7,—, Covercoatmädel 13,—,
Ganzkörpermädel 16,—, 21,—, Model-
kleider 25,—, 29,—, Kleiderauswahl,
direkt Bekleid. Schmeidel, Gips-
straße 25, Bahnhofstraße.

Möbel
Metallbetten, Kastenbetten, Polster-
betten, Chaiselongues, Salons, Stuhl-
gruppen, etc.
Sternenbühnen, Speisezimmer in
allen Größen, feine schöne Ausführung,
reife Tischarbeiten, mit großen Aus-
stattungen, alles Lederhüllen ganz
preiswert, Möbelhaus Romering, Ro-
senthaler 54.

Kaufgesuche
Kaufgesuche, Reparaturen, Wan-
teufelsdröckchen 81.
Kaufgesuche, Kaufgesuche 19.
Kaufgesuche, Kaufgesuche, Kaufgesuche 19.
Kaufgesuche, Kaufgesuche, Kaufgesuche 19.
Kaufgesuche, Kaufgesuche, Kaufgesuche 19.

Wohnungsbau
Wohnungsbau kaufen Sie billig in
Zoostraße 100, Pringelstraße 100,
Königsplatz, Teufelsdröckchen,
Carmen, Sportplatz, Schloß, Röhde
oder Art. Gelegenheitskäufe in neuer
Garderober, Teufelsdröckchen.
Bericht von Gesellschafts-Anwärt
Brunnenstraße 4.

Verschiedenes
Neu eröffnet! Reparaturwerkstatt für
Automobile, Motor-, Fahrrad- und
Kleinfahrzeugwerkstatt, reelle Arbeit, billige
Preise, empfiehlt Wolf u. Klingberg,
Berlin SO., Köpenicker Straße 22, Nähe
Görlitzer Bahnhof.
Gewissenhafte Unternehmung, lebende
Hilfeshand, Köpenicker Straße 62.

Geldverkehr
Befehle über Wertpapiere, auch
Währ- und Geldverkehr, Teufels-
dröckchen 7.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
No. 400.— monatl. höherer Wirt-
schaftlicher für Damen durch ausföhr-
erregender 30-Pf. Monatslohn, Ver-
trieb ohne Vorkenntnisse, nur
wenige Marktsucher, Export-
kontrolle, Gießerei, 7. part. am Borsig-
platz.

Musikinstrumente
Konzertpiano, Solopiano, Flügel gibt
auch an Privat- u. Fabrikarbeiten ab.
(Reparaturleistungen.) Steinmetz,
Wohnungsbau, Oranienstr. 100, 2. Etage
melde.
Violine preiswert, Klaviermoder-
n, Brunnenstraße 80.

KLEINE ANZEIGEN
Bettfeder
die Größe u. Reha-
nanz bedingen, für
den Wert von
Salzstrangen u. Brezeln
gegen hohe Provision
gesucht. Offerten
unter R. e. 21 202 an
„Anrekta“,
Heidelberg.